

STILLSTAND BEENDEN –

**ZUKUNFT
GESTALTEN**



UNSER PROGRAMM FÜR KÄRNTEN

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite 5
Präambel	Seiten 6-9
Verfassung und Verwaltung	Seiten 10-11
Finanzen	Seiten 12-15
Bildung und Ausbildung	Seiten 16-19
Initiativen zur Belebung des ländlichen Raums	Seiten 20-23
Pflege, Gesundheit und Sport	Seiten 24-27
Familie und Soziales	Seiten 28-29
Umwelt und Energie	Seiten 30-33
Wohnbau	Seiten 34-39
Gemeinden	Seiten 40-43
Infrastruktur, Arbeit und Wirtschaft	Seiten 44-49
Landwirtschaft	Seiten 50-51
Kunst und Kultur	Seiten 52-53
Sicherheit und Ehrenamt	Seiten 54-57
Volksgruppenpolitik	Seiten 58-59
Tierschutz	Seiten 60-61

Liebe Kärntnerinnen und Kärntner!



Die Kärntner Freiheitlichen treten bei den Landtagswahlen am 4. März 2018 an, um die seit 2013 andauernde Phase des politischen Stillstands zu beenden. Unser Ziel ist es, ein möglichst großes Vertrauen der Kärntnerinnen und Kärntner zu gewinnen und erneut Regierungsverantwortung zu übernehmen, um das Land Kärnten wieder vorwärts zu bringen.

SPÖ, ÖVP und Grüne sind als „Zukunftscoalition“ angetreten, um Arbeitslosigkeit, Armut und Abwanderung zu bekämpfen. Faktum ist jedoch, dass die Arbeitslosigkeit mit 10,1 Prozent höher als in Restösterreich ist, 84.000 Kärntnerinnen und Kärntner an der Armutsgrenze leben und bereits im Jahr 2022 die Bevölkerungszahl in unserem Bundesland geringer als 2016 sein könnte. Wichtige soziale Errungenschaften der Ära freiheitlicher Landeshauptleute wurden seit 2013 abgeschafft. Dazu gehören der Teuerungsausgleich, oder das Schulstartgeld. Stattdessen wurden in der Verwaltung neue Posten für Politgünstlinge geschaffen und rot-schwarz-grüne Klientelpolitik betrieben.

Jetzt bedarf es einer gemeinsamen politischen Kraftanstrengung der Vernünftigen und Tüchtigen, um in diesem Lande wieder die Wende zum Positiven zu schaffen. Wer will, dass es mit Kärnten wieder bergauf geht und auch die nächsten Generationen in unserem Heimatland Arbeit sowie ein Einkommen haben, um Familien gründen zu können, der findet im vorliegenden Wahlprogramm der Kärntner Freiheitlichen einen politischen Leitfaden für die Zukunft.

Wir dürfen Sie herzlich bitten, am 4. März 2018 diesen Weg mit Ihrer Stimme für die FPÖ Kärnten zu ermöglichen. Es geht um mehr Fairness, Gerechtigkeit und eine neue Zukunft für unser Bundesland!

Mit herzlichen Grüßen

Mag. Gernot Darmann
FPÖ-Spitzenkandidat

PRÄAMBEL:

Die Stillstandsbilanz

2013 bis 2018 waren prägende Jahre für Kärnten, aber wohl kaum positive. Die selbsternannte „Zukunftskoalition“ von SPÖ, ÖVP und Grünen ist 2013 laut eigenen Worten mit dem Ziel in die Regierung gegangen, die „Heimat Kärnten wieder auf Kurs zu bringen“ (Dr. Peter Kaiser, 2. April 2013). Dieser Kurs gleicht jedoch leider einer unendlichen Talfahrt, die in den letzten Jahren immer mehr an Geschwindigkeit aufgenommen hat. Übrig bleiben ein Slowenisch-Passus in der Landesverfassung, ein verhindertes Millionenprojekt am Mölltaler Gletscher, ein Umweltskandal im Görtischtal und ein 1,2 Milliarden Euro teures Geschenk Kärntens an den Bund.

Während vielen Projekten die Tür vor der Nase zugeschlagen wurde, sind andere Entwicklungen mit offenen Armen willkommen geheißen worden: Unter dem „Deckmantel des Asyls“ wurde eine unkontrollierte Massenzuwanderung, welche unser Land nachhaltig verändert hat, zugelassen und gefördert. Die Bedenken und Ängste der Bevölkerung wurden zur Seite geschoben.

Mit der Schaffung des sogenannten „Durchgriffsrechts“, einer Regelung zur Entmündigung von Ländern und Bürgern, wurde über Bürgerinteressen drübergefahren und Flüchtlingsquartiere wahllos mitten in Gemeinden und Dörfern errichtet. Jene, die diese Entwicklung kritisch sahen, wurden als Hetzer beschimpft.

Trotz der großen Sorgen der Bevölkerung hielten

Rot, Schwarz und Grün unbeirrt an ihrem Kurs des Stillstands, einer unkontrollierten Zuwanderung und damit nachhaltigen Veränderung unserer Heimat fest. Sie verhinderten wichtige Projekte und zerstörten politisch viele Institutionen, die in den Jahren zuvor mühsam aufgebaut wurden.

Kärnten – was bleibt?

Oberste Prämisse der „Zukunftskoalition“ war es, alles, das in irgendeiner Form an die freiheitliche Regierungsbeteiligung der Jahre zuvor erinnerte, zu vernichten. Über die Tatsache, dass es die Freiheitlichen in Kärnten waren, die dem Land viele Errungenschaften gebracht haben, die spürbar bei den Bürgern ankamen, wird der Mantel des Schweigens gehüllt.





Unter freiheitlicher Führungsverantwortung entstanden unter anderem Projekte wie:

- Bau des Aussichtsturms am Pyramidenkogel
- Entwicklung des „Lakeside Park“
- Schaffung eines flächendeckenden Musikschulwesens
- Förderung von Brauchtum, Kultur, Tracht und Tradition (Heimatherbst etc.)
- Entwicklung von Forschungseinrichtungen („Silicon Alps“)
- Durchsetzung des Koralmtunnels (5 Mrd. Euro)
- Einführung der S-Bahn
- Vollausbau der Pack und der zweiten Röhre der Tauernautobahn sowie unzählige weitere positive Maßnahmen und Entwicklungen für unser Land
- Zukunftsfonds mit rd. 550 Mio. Euro eingerichtet

Dass diese erfolgreichen Initiativen von SPÖ, ÖVP und Grünen wieder abgeschafft, totgeschwiegen und Vorzeigeaktionen wie die Öffnung der Landestankstellen etwa von Landesrat Gerhard Köfer rückgängig gemacht wurden, zeigt den Weg, der von manchen Politikern bereits vor Jahren eingeschlagen wurde.

Wer arbeitet, der macht auch Fehler. Aber man lernt daraus. Wir haben unsere Lektion gelernt und wollen nicht mit dem Finger auf andere zeigen. „Dirty Campaigning“ ist keine Sache, die erst seit der Silberstein-Affäre 2017 betrieben wurde, sondern schon viel früher gegen Jörg Haider und die FPÖ massiv zum Einsatz kam.

Der Teuerungsausgleich, der Heimatherbst oder die Seebühne sollten sozialen und kulturellen Rückhalt geben sowie den Kärntnerinnen und Kärntnern eine allumfassende gesellschaftliche Teilnahme garantieren. Alle diese bürgerfreundlichen Maßnahmen wurden eliminiert. Zurück blieben Politiker, die sich darauf verstanden, sich gegenseitig auf die Schultern zu klopfen, im Stillstand zu verharren und auf eine Partei und ihren verstorbenen Landeshauptmann zu schimpfen.

Kärntens verpasste Chancen

Während all die Erinnerungen an freiheitliche Leistungen durch „Schmutzkübelkampagnen“ schnell ausgelöscht oder negativ verzerrt wurden, brachte die „Zukunftskoalition“ immer wieder den gleichen Vorwurf gegen die FPÖ ins Spiel.

Beim „Hypo-Skandal“ versuchte man, den Freiheitlichen die Alleinverantwortung umzuhängen und missbrauchte dies als Erklärung für jegliches Versagen von SPÖ, ÖVP und Grünen. Die Hypo war ein willkommenes Erklärungs- und Entschuldigungsmotiv, dem man sich nur allzu gern bediente.

Dagegen sieht die Bilanz der „Zukunftskoalition“ mehr als trostlos aus:

- Zulassung einer unkontrollierten Massenzuwanderung
- Unterstützung des Durchgriffsrechts zur Errichtung von Asylquartieren
- Schaffung eines Integrationsleitbildes, das Kärnten, wie wir es kennen und lieben, nachhaltig negativ verändern wird
- Politischer Postenschacher, der an die rote Alleinherrschaft erinnert
- Abschaffung des Teuerungsausgleichs
- Ende des Heimatherbstes
- Aus für die Seebühne

- Verschärfung von Auflagen und Normen (etwa Naturschutzgesetz oder Wohnbauförderung)
- Sozialistische Wohnbaupolitik zugunsten von Genossenschaften und Zurückdrängung von Privaten
- Versagen im Umgang mit dem HCB-Skandal im Görtschitztal
- Verhinderung des Mölltaler Gletscherprojekts
- Zerstörung einer Ansiedlungsgesellschaft mit fatalen Folgen – wie etwa bei der Neuansiedelung bzw. dem Ausbau von Magna
- Verhandlungen über den Ausbau des Skigebietes Nassfeld (Erschließung von der italienischen Seite) verschlafen

Die Bilanz von Rot-Schwarz-Grün ist gekennzeichnet von Stillstand, Verhinderung und Klientelpolitik. Dass daneben wichtige Entwicklungen verschlafen oder verhindert werden, ist ebenfalls bekannt.

Das vorliegende Programm für Kärnten will aufzeigen, an welchen Hebeln wir gemeinsam ansetzen können, um diese Partei-, Stillstands- und Verhinderungspolitik zu beenden.

Kärnten braucht wieder Mut für neue Visionen und ein klares Bekenntnis zu unserer Heimat – aus Liebe zu Kärnten!



Die Ergebnisse der Kärntner Armutskonferenz sind alarmierend. Jeder zehnte Kärntner lebt an der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind auch Jugendliche und ältere Menschen, überwiegend aus ländlichen Gebieten. Die FPÖ sagt: Einkommen und Pension müssen wieder für ein vernünftiges Auskommen reichen.

1. Verfassung und Verwaltung



- Struktur- und Organisationsreform
- Entflechtung der Kompetenzverteilung
- Vermeidung von Parallelstrukturen
- Nutzung von Verwaltungskooperationen
- Besseres Service: „One-Stop-Shop“ für Bürger und Unternehmen
- Transparenzdatenbank
- Novellierung des Objektivierungsgesetzes
- Wiedereinführung des Bürgerbüros als zentrale Anlaufstelle
- Stärkung der direkten Demokratie
- Direktwahl des Landeshauptmannes
- Rederecht des Landesrechnungshof-Direktors im Landtag
- Rederecht der Bundesräte im Landtag



Es blieb der rot-schwarz-grünen Koalition vorbehalten, die Verfassung einer grundlegenden Änderung zu unterwerfen und vom fairen Prinzip der Teilnahme der Parteien an der Arbeit in der Landesregierung gemäß ihrer Stärke im Kärntner Landtag abzugehen. Somit wird es künftig den Oppositionsparteien erschwert, dass sie Kontrollfunktion gegenüber der Regierung ausüben.

Seit jeher ist die FPÖ ein Verfechter der direkten Demokratie. Die von der FPÖ seit Jahren erhobene Forderung nach einer Direktwahl des Landeshauptmannes analog zum erfolgreichen Modell der von den Freiheitlichen in Kärnten erstmals eingeführten Bürgermeister-Direktwahl wurde bis dato ignoriert. Die FPÖ spricht sich als langfristiges Ziel dafür aus, die Direktwahl des Landeshauptmannes durchzusetzen.

Gleichzeitig müssen die Kontroll- und Minderheitenrechte des Landtages weiter ausgebaut

werden. Dies wurde von der rot-schwarz-grünen Koalition versprochen, jedoch bei der Novellierung der Landesverfassung nur rudimentär umgesetzt. Ebenso sind die Befugnisse des Landesrechnungshofes als wichtigster wirtschaftlicher und budgetärer Kontrollinstanz zu erweitern. Der Landesrechnungshof-Direktor soll ein umfassendes Rederecht im Kärntner Landtag erhalten.

Seit Jahren versprochen, aber noch nie umgesetzt, ist das Rederecht der Kärntner Bundesräte im Landtag. Es ist wohl mehr als gerechtfertigt, wenn die Bundesräte jenem Organ, das sie in die sogenannte Länderkammer des Parlamentes entsendet, auch im Landtag Rede und Antwort für ihr Abstimmungsverhalten bei der Gesetzgebung auf Bundesebene stehen.

Die politische Hygiene gebietet es, dass das Kärntner Objektivierungsgesetz von 1992 novelliert wird, indem alle Schlupflöcher für die



Die unter freiheitlicher Regierungsverantwortung begonnene Verwaltungsreform wurde von der rot-schwarz-grünen Regierung wieder verwässert. Im Bereich der Landesverwaltung gibt es noch viele Einsparungsmöglichkeiten. Einzelne Aufgaben können auch an die Gemeinden abgegeben werden.

Versorgung von Politgünstlingen im öffentlichen Dienst geschlossen werden. Die letzten Jahre unter einem sozialistischen Landeshauptmann haben gezeigt, dass die Vergabe von Spitzenpositionen etwa bei der Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft (KABEG) bei Weitem nicht nach objektiven, sondern nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt ist. So wurde ein ehemaliger Büroleiter des roten Landeshauptmannes zum Vorstandsdirektor der KABEG berufen.

An die Spitze des Landespressedienstes wurde ein früherer SPÖ-Pressereferent geholt und der Sportchef des Landes ist ebenfalls ein früherer roter Sekretär. Geschlossen wurde hingegen das bis 2013 bestens funktionierende und allseits beliebte Bürgerbüro.

Die Freiheitlichen sprechen sich dafür aus, der Objektivierung im Landesdienst einen neuen und größeren Stellenwert einzuräumen und das Bürgerbüro als zentrale Anlaufstelle für alle Menschen, die Rat und Auskunft zur Landesverwaltung benötigen, wieder zu eröffnen. Die Koalition von SPÖ, ÖVP und Grünen haben zwar eine Organisations- und Strukturreform

versprochen, jedoch wenig davon umgesetzt. Im Gegenteil: Der Landesrechnungshof bemängelte massiv den Reformstillstand in vielen Bereichen und zeigte etwa auf, dass jede Förderung im Kulturbereich unabhängig von ihrer finanziellen Größenordnung derzeit 38 Stationen durchläuft. Bei den Sportförderungen sind es 29. Diesem Schildbürgertum wollen wir mit entsprechenden Reformen ein Ende setzen.

Unsere Ziele einer Organisations- und Strukturreform sind Bürgernähe, Kosteneinsparungen, Qualitätssteigerungen, Effizienzsteigerungen sowie der wirksamere Einsatz von Steuergeldern. Zur Erreichung dieser Ziele, sind unter anderem eine Entflechtung bzw. Bereinigung der Kompetenzverteilung sowie die Vermeidung von Parallelstrukturen notwendig. Die Forcierung des „One-Stop-Shop“ soll für mehr Bürgernähe sorgen.

Die Freiheitlichen in Kärnten setzen sich für die Umsetzung einer Transparenzdatenbank ein. Damit wäre eine öffentliche Kontrolle für das Förderwesen gegeben und Doppelförderungen würden unterbunden.

2. Finanzen



- Neuverhandlung des Vergleichs mit dem Bund zur Hypo-Heta Lösung
- Konsolidierung des Landesbudgets durch Einsparungen bei der Verwaltung
- Budgetäre Schwerpunktsetzungen bei Soziales, Gesundheit und ländlicher Raum
- Neue Finanzierungsformen für touristische Projekte in den Gemeinden mit Zweckbindung
- Wiedereinführung von Schulstartgeld, Kindergeld und Teuerungsausgleich
- Neuregelung der Mindestsicherung

Die rot-schwarz-grüne Koalition ist im Jahr 2013 mit dem Ziel angetreten, bis zum Jahr 2015 ein Nulldefizit bei den Landesfinanzen durchzusetzen.



Die Koalitionsparteien bekennen sich zu einem ausgeglichenen Landesbudget ab 2015, zur langfristigen Reduktion der Landesverschuldung und den dafür notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen. (...) Der Zukunftsfonds muss als finanzielle Reserve des Landes erhalten bleiben auch im Sinne der Vereinbarung der Sozialpartner. Die Zinserträge aus dem Kernvermögen sind in nachhaltige Projekte zu investieren, um Wirtschaftswachstum und positive Beschäftigungseffekte zu bewirken.

Rot-schwarz-grünes Programm im Wortlaut

Faktum ist, dass der Schuldenstand Kärntens in den Jahren von 2013 bis 2017 um rund 600 Millionen Euro angestiegen ist. Der Zukunftsfonds („Sondervermögen Kärnten“) ist auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses von SPÖ, ÖVP und Grünen längst Geschichte. Zudem waren Bund und Land jahrelang nicht imstande, Förderfähigkeitsregeln festzulegen, damit die für Kärnten bis 2020 reservierten Millionen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung auch tatsächlich ins Land fließen können.

In den ersten drei Jahren des laufenden Programmes konnten dadurch für Kärnten nur 3 Millionen Euro ausgeschüttet werden. 52 Millionen Euro liegen noch ungenützt im Topf.

Kärnten-Bashing als Folge der Hypo-Krise

Die Kaiser-Koalition wurde seit ihrem Amtsantritt nicht müde, die politische Verantwortung für den Untergang der Hypo Alpe-Adria-Bank den Freiheitlichen zuzuschreiben.

Ein massives und österreichweites Kärnten-Bashing dieser kurzsichtigen und durchschaubaren Strategie von SPÖ, ÖVP und Grünen mit negativen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Kärnten wurde bereitwillig in Kauf genommen, um von den eigenen finanzpoli-





Der Schuldenstand Kärntens hat sich in den letzten Jahren um 600 Millionen Euro erhöht. Eine klar strukturierte Aufgaben- und Verwaltungsreform soll wieder neuen Spielraum im Landeshaushalt schaffen.

tischen Fehlleistungen abzulenken. Faktum ist, dass die Hypo Alpe-Adria-Bank von Kärnten an die Bayerische Landesbank verkauft wurde und es für die Republik Österreich überhaupt keine Veranlassung gab, diese Bank wieder in österreichisches Eigentum zu übernehmen. Dem damaligen ÖVP-Finanzminister Josef Pröll winkte allerdings eine saftige Belohnung für diesen politischen Schuldbürgerstreich in Form eines lukrativen Jobs im Bereich des Raiffeisen-Konzerns.

Dem späteren ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling blieb es vorbehalten, den in der Sache nicht firmen Kärntner Landeshauptmann und seine Finanzreferentin mit dem völlig irrationalen Szenario einer möglichen Pleite des Bundeslandes Kärnten so unter Druck zu setzen, dass diese die Haftungen für die früheren Hypo-Gläubiger mit einem Milliardenbetrag abgelöst haben, der mittels Kreditaufnahme bei der Republik finanziert wurde. Ungeachtet dessen, dass die Verwertung des Vermögens

der Hypo bzw. Heta deutlich mehr als die ursprünglich geschätzte Summe von rund 6 Milliarden Euro erbringen könnte, wurde in diesen Verträgen mit der Republik Österreich auf eine Besserungsklausel für Kärnten verzichtet.

Neuverhandlung des Heta-Vergleichs mit dem Bund

Als im Jahr 2014 die Hypo von einer Bank zur Heta und damit in eine sogenannte Abwicklungsgesellschaft umgewandelt wurde, lag die Höhe der Kärntner Landeshaftungen bei rund 10 Milliarden Euro. Im Zuge der Vergleichsverhandlungen ist man von einem Verwertungserlös des verbleibenden Vermögens in der Heta von rund 6 Milliarden ausgegangen. Zur Abdeckung der zusätzlichen offenen Forderungen wurde zwischen der Republik Österreich und den Vertretern von SPÖ, ÖVP und Grünen auf Seiten des Landes Kärnten ein Beitrag in Höhe von 1,2 Milliarden vereinbart. Schon damals haben die Freiheitlichen gefordert, eine sogenannte Besserungsklausel in



die Verträge mit aufzunehmen, was aber abgelehnt wurde. Mittlerweile wissen wir, dass sich der Verwertungserlös aus der Heta auf über 10 Milliarden Euro belaufen wird. Es ist daher völlig unverständlich, dass Kärnten zusätzlich 1,2 Milliarden leisten soll, wenn sich auf der anderen Seite die ehemaligen Haupteigentümer und zumindest Mitverantwortlichen der Misere aus Bayern die Hände reiben und nochmals mit rund 700 Millionen Euro kräftig abkassieren.

Wir fordern daher eine Neuverhandlung des Heta-Vergleichs mit dem Bund.

Konsolidierung des Landesbudgets etwa durch Einsparungen bei der Verwaltung

Derzeit gibt es in sehr vielen Bereichen, in denen öffentliche Leistungen erbracht werden, Mehrfachzuständigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden. Seit Jahren wird von Seiten des Rechnungshofes oder des Fiskalrates eine Reform der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung gefordert, da man darin wesentliche Einsparungspotenziale sieht.

Unter freiheitlicher Verantwortung wurden bereits in der Vergangenheit budgetkonsolidierende Maßnahmen wie etwa eine teilweise durchgeführte Zusammenlegung von Abteilungen des Landes gesetzt. Diese Maßnahmen wären unter Einbeziehung von Vorschlägen des Rechnungshofes einer Evaluierung zu unterziehen, um damit weitere entsprechende Potenziale nützen zu können.

Ziel muss es sein, eine schlankere, effizientere und zukunftsfitte Verwaltung zu schaffen.

Gesundheit und Soziales

Neben der Verwaltung sind es noch die Bereiche Gesundheit und Soziales, die budgetär seit Jahren aus dem Ruder laufen. Nicht zuletzt durch die 2015 zugelassene unkontrollierte Zuwanderung in unser Land werden diese beiden Bereiche zusätzlich schwer belastet.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern wird in Kärnten oft wesentlich mehr Geld für gleiche Leistungen aufgewendet. Zur Wiedererlangung des budgetären Spielraums ist es jedoch notwendig, auch speziell in diesen beiden Bereichen auf Effizienzsteigerungen zu achten.

Es ist mehr darauf wert zu legen, dass das Geld durch zielgerichtete Leistungen bei den Betroffenen ankommt und nicht in überbordenden Verwaltungsstrukturen versickert.



3. Bildung und Ausbildung



- Klares Bekenntnis zum Erhalt der Schulstandorte im ländlichen Raum
- Erhalt der Fachhochschulstandorte auch außerhalb des Zentralraumes
- Breitgefächertes Ausbildungsangebot für alle Kärntner Generationen (vom Kindergarten bis zur tertiären Bildung)
 - Bedarfsgerechter Ausbau der Kindergärten und bedarfsgerechte Öffnungszeiten
 - Familienfreundlichere und flexiblere Modelle bei der ganztägigen Kinderbetreuung
 - Ja zur Wahlfreiheit und dem Erhalt des differenzierten Schulwesens ins Kärnten
 - Klares Nein zur Gesamtschule
 - Ja zu einem bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagesbetreuung in verschränkter und nicht verschränkter Form
 - Neue Studienzweige an den Fachhochschulen, Universitäten u. den Pädagogischen Hochschulen
 - Ausbau der Öffnung der Schulen für Sommerkurse
 - Ausbau der Talente- und Begabungsförderung
- Qualitätsoffensive in der Lehrlingsausbildung an den Kärntner Fachberufsschulen und Unterstützung der betrieblichen Ausbildung
- Aufrechterhaltung der Kärntner Berufsschulstandorte unter Berücksichtigung der regionalen Verfügbarkeit und Bedürfnisse
- Ersatz der Lehrlingskosten für die Zeit des Berufsschulbesuches
- Lehrlings- und Lehrstellenoffensive für Kärnten durch Förderungen der Betriebe
- Neuen Lehrberuf „Pflegehelfer“ einrichten
- Forcierung und Sicherung der finanziellen Maßnahmen des Modells „Lehre mit Matura“ und der „Lehre nach der Matura“
- Weiterentwicklung des Kärntner Musikschulkonzeptes (zusätzliche Standorte)
- Wohnsitzprämie für Kärntner Studenten, die in anderen Bundesländern studieren
- Schluss mit parteipolitischen Entscheidungen im Schuldienst und in der Verwaltung
- Obergrenze für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache pro Klasse
- Nein zu einem gemeinsamen Religionsunterricht



Die Bereiche „Bildung“ und „Ausbildung“ werden in den kommenden Jahren eine herausragende Rolle in der politischen Debatte einnehmen müssen, um vor allem den Herausforderungen des Wirtschaftsstandortes Kärnten gerecht zu werden. Man ist geneigt, die allgemeine Bildungssituation in Kärnten als zufriedenstellend zu bewerten. Ein näherer Blick auf die aktuellen Umstände zeigt allerdings gravierenden Handlungsbedarf. Für die Freiheitlichen wird der Grundstein eines späteren erfolgreichen Bildungsweges bereits mit einer optimalen Betreuung im Kindergarten gelegt.

Ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungsqualität ist auch, dass es pro Kärntner Klasse lediglich einen Maximalanteil von 5 bis 10 Prozent an Kindern geben soll, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Dies ist derzeit nicht der Fall. In einigen Kärntner Schulklassen gibt es bereits einen Anteil von 30 Prozent an Schülern ohne ausreichende Deutschkenntnisse. In Wien beträgt der Ausländeranteil an Schulen teilweise bereits weit über 50 Prozent. Diese Entwicklung soll in Kärnten verhindert werden.

Bildungspolitische Irrwege

Vor allem die sozialistisch dominierte Schul- und Bildungspolitik in Landtag und Landesregierung hat zu erheblichen Schwierigkeiten geführt, die unter freiheitlicher Verantwortung korrigiert werden müssen. Gründlich danebengegangen ist in jedem Fall das SPÖ-Konzept der „Neuen Mittelschule“ (NMS) als Versuch, einen Schultyp zwischen der bewährten Hauptschule und dem Gymnasium zu erfinden. Immer mehr Eltern entschieden nämlich seit 2015 (dem Jahr der Einführung der Neuen Mittelschule), ihre Kinder eine höhere Schule besuchen zu lassen. Ungeachtet dessen entschieden die SPÖ-Politiker, die NMS trotz geringer Schülerzahlen personell und finanziell gegenüber den AHS sowie den verbliebenen Hauptschulen auf allen Ebenen zu bevorzugen. Ebenso verhindert wurde die Einführung einer AHS-Unterstufe in Hermagor.

Ein weiteres Beispiel für den bildungspolitischen Irrweg der SPÖ ist die Schließung von 26 Volksschulen allein in den Jahren 2014 und 2015.

Die Kärntner Freiheitlichen setzen sich aus diesem Grund grundsätzlich für den Erhalt der insgesamt 232 Volksschulen in Kärnten ein. Und zwar muss der Standort der Volksschule auch dann garantiert sein, wenn derzeit die Mindestschülerzahl nicht erreicht werden sollte. Zu Erreichung dieses Zieles ist eine Novellierung des Kärntner Schulgesetzes erforderlich.

Nach Ansicht der Kärntner FPÖ soll es auch weiterhin eine klare Differenzierung zwischen Volks- und Hauptschulen sowie höheren Schulen geben. Denn alle Schülerinnen und Schüler haben unterschiedliche Begabungen und Befähigungen. Die Freiheitlichen stehen daher für eine Schule der Vielfalt, der unterschiedlichen Begabungen und Talente.

Eine kostspielige Einheitsschule, in der die Standards immer weiter nach unten nivelliert werden, ist keine Alternative zur differenzierten Schule. Laut einer Studie des Rechnungshofs sind alleine die Kosten für das Lehrpersonal an der NMS fast doppelt so hoch wie an der AHS-Unterstufe.

Während die Kosten für einen Schüler in der AHS-Unterstufe 4.700 Euro ausmachen, liegen sie bei der NMS bei 7.200 Euro pro Schüler und Jahr. Die Gesamtumstellung von der Hauptschule zur Neuen Mittelschule verursachte bisher über 230 Millionen Euro an Kosten.

Ebenso wichtig ist es, den konfessionellen Religionsunterricht, differenziert nach den verschiedenen staatlich anerkannten Religionen, zu erhalten und nicht einen gemeinsamen Unterricht einzuführen, wie dies etwa das aktuelle Integrationsleitbild der Landesregierung vorsieht. Schon aus diesem Grund ist das Integrationsleitbild außer Kraft zu setzen.

Schultypen wie die unter freiheitlicher Regierungsverantwortung ins Leben gerufene Agrar-HAK sind zu forcieren und ähnliche Modelle auch für andere Lehrberufe zu adaptieren. Eine solide kaufmännische Ausbildung auf Basis einer Handelsakademie ist auch für andere Berufsgruppen eine gute Voraussetzung für die Wiederbelebung der alten Handwerke mit jungen, bestens ausgebildeten und selbstständigen Meistern.



Weiterentwicklung des freiheitlichen Modells „Lehre mit Matura“

Parallel dazu sollen auch die Möglichkeiten, nach Abschluss der Lehrlingsausbildung eine Matura zu absolvieren, weiter ausgebaut werden. Die erfolgreichen Ansätze der freiheitlichen Bildungsreferenten wurden in den letzten Jahren vernachlässigt und sind dringlich wieder aufzugreifen. Ebenso wird es notwendig sein, Angebote für eine Lehre nach der Matura auszubauen und zu fördern.

Die betriebliche Lehrausbildung muss unbedingt gestärkt und attraktiviert werden (mehr finanzielle Unterstützung für Ausbildungsbetriebe und Qualitätssicherung, Einführung eines „Blum-Bonus Neu“). Gut ausgebildete Lehrlinge und hervorragende HTL- und BHS-Absolventen erschließen neues Innovations- und Forschungspotenzial. Im europäischen Qualifikationsrahmen müssen unsere Ausbil-

dungszertifikate (Ingenieur, Meister) einen angemessenen Platz finden.

Pflege als Lehrberuf

Immer mehr Menschen werden immer älter und bedürfen daher auch verstärkter Pflege. Verantwortungsvolle Politik hat vorausschauend dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und neue Wege für die Ausbildung im Pflegebereich anzudenken. Wir sprechen uns daher für die Entwicklung eines neuen Lehrberufs im Bereich der Pflege aus.

Erfolgsmodell Fachhochschulen

Festgehalten werden soll auch weiterhin am seit 21 Jahren erfolgreichen Konzept der Fachhochschule in Kärnten. Noch weiter vereinfacht werden soll die Fortsetzung des Bildungsweges nach der Lehre an den Fachhochschulen. Aus diesem Grund sehen es die





Die Ausbildung junger Menschen muss Priorität in der künftigen Landespolitik haben. Parteipolitik hat hier nichts verloren. Stattdessen geht es um die Schaffung optimaler Voraussetzungen in den bestehenden Schulen und Ausbildungsstätten.

Freiheitlichen auch unter diesem Gesichtspunkt als notwendig an, abseits des Zentralraums Standorte der Fachhochschulen aufrechtzuerhalten bzw. solche zu schaffen. Die Ausrichtung des Lehrangebotes an den Fachhochschulen sollte mit dem Studienangebot der Universität Klagenfurt abgestimmt werden.

Musikschulwerk stärken

Im Bereich der künstlerischen und musischen Bildungsmöglichkeiten bedarf es einer weiteren Stärkung des Kärntner Musikschulwerkes. Auch die Musikschulen spielen eine wesentliche Rolle bei der beabsichtigten Attraktivierung des ländlichen Raums. Zur Zeit gibt es in Kärnten 28 Musikschulen, wobei das Einzugs-

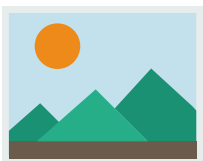
gebiet einzelner Standorte so groß ist, dass auch über zusätzliche Musikschulen nachgedacht werden darf.

Die von der bisherigen Koalitionsregierung versprochene Evaluierung des Kärntner Landeskonservatoriums ist dringend vorzunehmen. Die Förderung von Ausnahmetalenten erfordert sowohl räumlich als auch finanziell verbesserte Rahmenbedingungen.

Als Vision ist die Übernahme des Kärntner Landeskonservatoriums in die Bundeszuständigkeit und die Umorganisation in eine staatliche Musikhochschule zu überlegen. Kärnten als Land der Lieder und der Musik ist dafür jedenfalls bestens prädestiniert.



4. Initiativen zur Belebung des ländlichen Raums



- Schaffung interkommunaler Wirtschaftsräume zur Nutzung von Stärken und Synergien
- Stärken von einzelnen Regionen erkennen und fördern
- Service für rückkehrwillige Kärntner
- Ausbau der Verkehrsanbindungen aus den Tälern in den Zentralraum Kärntens und darüber hinaus
- Flexiblere und neue Mobilitätslösungen ermöglichen und fördern
- Verbesserung des „sozialen“ Wohnraumangebots in peripheren Regionen (Revitalisierung von freistehenden Bausubstanzen bzw. Objekten)
- Attraktivierung der Wohnbauförderung für den „Häuslbauer“
- Ärztliche Versorgung sicherstellen

Die rot-schwarz-grüne Politik hat zu einer weiteren Ausdünnung der ländlichen Regionen geführt. Obwohl noch immer rund zwei Drittel der Kärntner Bevölkerung außerhalb des sogenannten Zentralraums zwischen Klagenfurt und Villach leben, wurde diese zentralistische Politik vorangetrieben. Viele wichtige öffentliche Einrichtungen wie etwa Polizeiposten, Berufsschulzweige, Volksschulen oder Gesundheits- und Sozialeinrichtungen wurden geschlossen. Unterstützungen wurden gestrichen oder in den Zentralraum verlegt.

Diese Politik in Kombination mit dem Fehlen von wirtschaftlichen Impulsen und Investitionen der öffentlichen Hand hat dazu geführt, dass sich große Teile Kärntens in einer bedenklichen Abwärtsspirale befinden. Vor allem ländliche Regionen und kleine Orte, deren Infrastrukturangebot ohnehin nicht mit dem der großen Städte und Ballungszentren verglichen werden kann, bekommen die Auswirkungen dieser Entwicklung zu spüren. Werden Investitionen zur Mangelware, so sind strukturschwache Gemeinden am Land besonders betroffen



und geraten in eine existenzbedrohende Krise. Ihre Attraktivität sinkt, junge Leute verlassen die Regionen und die verbliebenen Einwohner müssen die Kosten zur Erhaltung ihrer Infrastruktur und einer funktionierenden Daseinsversorgung alleine tragen. Je mehr Menschen aus den ländlichen Randbezirken abwandern, desto uninteressanter wird auch das regionale Angebot.

Während sich vor allem jüngere Menschen immer mehr – wie es der Bevölkerungsökonom Harald Simons nennt – an wenigen Wohnorten „zusammenrotten“, schrumpft unser ländlicher Raum jedes Jahr ein bisschen mehr. Da die Kärntner Landespolitik unter SPÖ, ÖVP und Grünen in den letzten Jahren zudem ausschließlich den städtischen Wohnbau for-

ciert hat, verliert auch das Argument der niedrigen Lebenshaltungskosten in ländlichen Regionen seinen Anreiz.

Die Auswanderungswelle junger Leute führt dazu, dass diese Regionen noch schneller altern. Jüngere Personen zieht es in die Städte, die adäquate Arbeitsplätze und eine optimale Infrastruktur bieten. Eine überaltete Bevölkerung bleibt zurück.

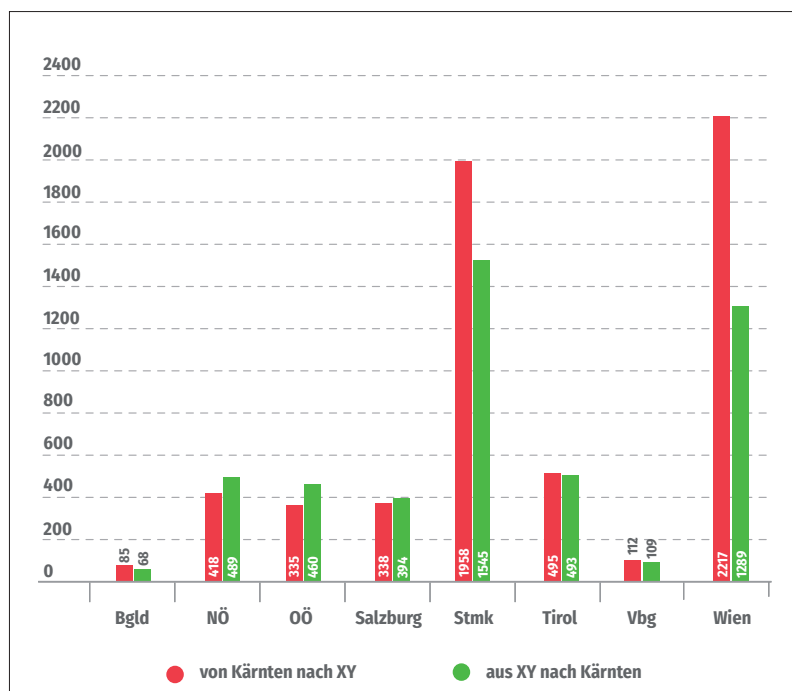
Eine Grafik veranschaulicht genau das, was ohnehin bereits viele vermutet haben: Kärntner wandern innerhalb Österreichs vermehrt nach Wien aus, über 40 Prozent kommen nur mehr im Urlaub in ihre Heimat zurück.

Schrumpfendes Kärnten

Bis zum Jahr 2075 wird es österreichweit 12,97 Prozent mehr Einwohner geben als 2013. Die Bevölkerung Kärntens wird hingegen in den nächsten 60 Jahren um 9,63 Prozent schrumpfen.

Von 558.395 Kärntnern im Jahre 2017 waren 118.364 (21,2 Prozent) über 65 Jahre alt und somit nicht im erwerbstätigen Alter.

2030 wird diese Quote auf 28 Prozent anwachsen und 2075 bereits ein Drittel der Kärntner Bevölkerung ausmachen. Der Anteil der über 64-Jährigen an der Bevölke-



rung zwischen 20 und 65 Jahren wird 2075 bereits 67,6 Prozent betragen und somit deutlich über dem österreichweiten Wert von 54,6 Prozent liegen. Städte wie Klagenfurt und Villach werden bis 2030 ein Bevölkerungswachstum erleben, während in peripheren Regionen (Hermagor, Spittal/Drau, Wolfsberg) mit großen Bevölkerungsverlusten zu rechnen ist.

Die Auswirkungen des demographischen Wandels in Kärnten werden die Situation hinsichtlich Fachkräftemangel, Generationengerechtigkeit, Erwerbsmöglichkeiten und Unternehmensentwicklungen weiter verschärfen.

Oberstes Ziel muss es daher sein, nachhaltige Handlungsansätze auf Landesebene unter Einbeziehung regionaler und kommunaler Akteure zu verfolgen. Es braucht eine optimale „Daseinsversorgung“ für alle, die in unseren ländlichen Regionen leben. Und es muss für unsere jungen Menschen und Abgewanderten ein Anreizsystem geschaffen werden, das sie wieder zurück in Kärntner Dörfer und Täler bringt.

Schaffung interkommunaler Wirtschaftsräume aktiv unterstützen

Einzelkämpfertum ist fehl am Platz. Eine erfolgreiche Zukunft für den ländlichen Raum wird es nur dann geben, wenn sich Kräfte und Potenziale bündeln sowie gemeinsam auftreten. Das Land muss daher die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit zur Schaffung interkommunaler Wirtschaftsräume aktiv unterstützen. Nur gemeinsam wird man in der Lage sein, die Potenziale einer Region zur Absicherung von bestehenden und Ansiedelung von neuen Betrieben und damit zur Schaffung von dringend notwendigen Arbeitsplätzen zu nutzen. Entsprechend attraktive und vor allem verfügbare Industrie- und Gewerbeflächen sowie zeitgemäße Verkehrs- und Infrastrukturanbindungen sind dafür die Grundvoraussetzung, die es zu schaffen gilt.

Der ländliche Raum – Stärken und Potenziale

Der ländliche Raum in Österreich hat eine lange Tradition und besonders Kärnten lebt von seinen Menschen, die am Land leben sowie arbeiten und die heimische Kultur pflegen. Aufmerksamkeit erregt hat Kärnten in den

letzten Jahren aber vor allem durch eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, eine hohe Insolvenzrate und eine starke Binnenabwanderung.

Freiheitliche Politik für Kärnten bedeutet aber nicht, weiter über verpasste Chancen zu jammern, sondern aktiv etwas gegen diesen Negativtrend zu tun. Die Stärkung des ländlichen Raums ist ein Anliegen der gesamten Kärntner Bevölkerung. Wir alle haben es selbst in der Hand, mehr Zukunft und Fairness für den ländlichen Raum zu schaffen.

Den ländlichen Raum zukunftsfit gestalten

Um dem ländlichen Raum eine erfolgreiche Zukunft zu garantieren, müssen sich Menschen am Land und in der Stadt gleichermaßen dafür einsetzen. Die Potenziale, die in Randregionen schlummern, müssen wieder aktiviert und auch genutzt werden. Der ländliche Raum braucht junge Leute, eine lebende Wirtschaft, attraktive Arbeitsplätze und eine funktionierende soziale sowie öffentliche Infrastruktur.

In einer Studie der Universität Klagenfurt (2015) wurden junge Kärntner Auswanderer zu ihren Rückkehrabsichten befragt. Als zentrale Gründe für eine Rückkehr wurden angegeben:

- hohe Lebensqualität (66,7 Prozent)
- soziale Bindungen in Kärnten durch Familie bzw. Freunde (64 Prozent)
- gute Freizeitmöglichkeiten (50 Prozent)
- das Großziehen von Kindern (44 Prozent)

Lediglich 10,7 Prozent gaben ein attraktives Stellenangebot als Grund für eine Rückkehr nach Kärnten an, obwohl dieser Faktor gleichzeitig als notwendige Voraussetzung für eine Rückkehr nach Kärnten gilt (53,8 Prozent).

Das langfristige Ziel muss es daher sein, nicht nur den Abwanderungstrend zu stoppen, sondern jungen Leuten und Familien, die über eine Rückkehr nach Kärnten nachdenken, geeignete Rahmenbedingungen zu geben. Dafür gilt es, ein entsprechendes Service anzubieten.

Kärnten muss sich daher nicht nur zukunftsfit, sondern vor allem wettbewerbsfit entwickeln, um sich gegen die städtischen Anreizsysteme anderer Länder zu behaupten. Initiativen wie



etwa „Aktiv für Kärnten“, die von vielen engagierten Menschen unterstützt werden, sind zu fördern.

Schluss mit dem Zentralisierungswahn

Die Lösung für die Herausforderungen ländlicher Regionen in zentralistischen Strukturen zu suchen, ist einfach falsch. Gelder ausschließlich in die Infrastrukturen großer Städte zu transferieren, ist nicht zweckmäßig. Vielmehr ist es notwendig, die Potenziale des ländlichen Raums zu nutzen und diese auch für Städter attraktiv zu gestalten. Sind adäquate Arbeitsplätze und leistbarer Wohnraum am Land vorhanden, braucht es keine städtischen Massenansiedelungen. Ländliche Regionen müssen eine Chance erhalten, sich selbst als attraktiven Lebensraum zu positionieren. Jene Menschen, die in einer ländlichen Region bzw. überhaupt in Kärnten bleiben, tun dies nur selten aus ausbildungs- oder berufsbezogenen Überlegungen. Ein Arbeitsplatz, der den eigenen Fähigkeiten und Bedürfnissen entspricht, gilt jedoch als ein wichtiger Haltefaktor. Junge Menschen sind sehr früh damit konfrontiert, zu ihrer Ausbildungs- oder Arbeitsstätte zu pendeln, da die Möglichkeiten in den eigenen Gemeinden nicht ausreichen und oftmals auch der leistbare Wohnraum fehlt.

Attraktive Eigenheimförderung

Im Zuge der Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes wurde von der FPÖ mit dem sogenannten „Häuslbauer-Bonus“ bereits ein Vorschlag für eine möglichst attraktive und unkomplizierte Unterstützung bzw. Förderung eingebracht. Trotz einstimmigen Beschlusses im Kärntner Landtag wurde dieser Vorschlag in den dazu erlassenen Richtlinien so verkompliziert, dass er seine gewünschte Wirkung wohl verfehlen wird.

Auf Bundesebene hat die FPÖ bereits im Jahr 2014 das Modell „Netto-Wohnbau“ als Fördermodell für den „Häuslbauer“ vorgelegt. Damit soll für jede vom „Häuslbauer“ vorgelegte Rechnung die Vorsteuer rückvergütet werden. Damit ist nicht nur für jeden Nutzer klar, dass er „netto“ und damit um 20 Prozent günstiger bauen kann. Auch der Verwaltungsaufwand wäre damit weitaus geringer. Die Schwarzarbeit würde im Sinne aller Klein- und Mittelbetriebe zurückgedrängt werden.



Flexible Mobilitätslösungen

Parallel dazu sind die Randregionen mit flexibleren und attraktiveren Mobilitätslösungen an die Zentralräume anzubinden. Der unter freier Verantwortung erfolgreich eingeführte „Kärnten Takt“ ist weiter auszubauen.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Darüber hinaus muss für einen Breitband-Ausbau gesorgt werden, um die Schaffung von mehr hochwertigen Arbeitsplätzen in den Regionen zu ermöglichen. Diese Initiative des Bundes ist im Sinne Kärntens aufzugreifen. Die Landespolitik ist gefordert, umgehend entsprechende Verhandlungen aufzunehmen, damit Kärnten bei den Förderungen nicht leer ausgeht.

Ärztliche Versorgung sicherstellen

Weiters steht uns in den kommenden Jahren eine Pensionswelle bei den Hausärzten bevor. Bis zu 60 Prozent der aktuellen Kassenärztinnen und -ärzte werden in den Ruhestand treten. Wir müssen jetzt schon Maßnahmen ergreifen, um die medizinische Versorgungssicherheit auch in ländlichen Regionen sicherzustellen. Dazu gilt es, Allgemeinmediziner gerecht zu entlohnen, durch Landarzt-Stipendien freiwillige Anreize für Jungärztinnen und -ärzte zu setzen, mobile Einrichtungen stärker auszubauen und die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

5. Pflege, Gesundheit und Sport



- Klares Bekenntnis zur Aufrechterhaltung der wohnortnahen und qualitätsgesicherten Gesundheitsversorgung
- Monatliche Landesförderung für 24-Stunden-Pflege in Höhe von bis zu 600 Euro
- Ausbau der mobilen Pflege
- Ausbau der Kurzzeitpflege und Tagesstätten
- Ausbau von „Alternativen Lebensräumen“
- Lehrberuf „Pflegerin“ bzw. „Pfleger“ einrichten
- Pflegegeld in bedürftige Menschen und nicht nur in bauliche Maßnahmen investieren
- Anreize für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum („Hausärzte“) schaffen
- Etablierung weiterer Fachärzte im ländlichen Raum
- KABEG-Reform: Einsparungen in der Verwaltung zugunsten des ärztlichen Bereichs und des Pflegebereiches sowie Objektivierung bei der Vergabe von Posten
- Vorrang für Kärntner im Gesundheits- und Pflegebereich sicherstellen
- Gerechte und objektive Förderung von Rand-, Breiten- und Spitzensport
- Bewegung und Sport: Gesundheitsvorsorge beginnt im Kindergarten

Überfüllte Ambulanzen in den Spitälern und lange Wartezeiten bei vielen niedergelassenen Ärzten sind der Alltag. Die Kärntner erleben täglich, dass im Kärntner Gesundheitssystem Einiges schief läuft. Jährliche Zuschüsse von 300 Millionen Euro durch das Land sowie von

600 Millionen Euro durch Krankenkassenbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer reichen nicht aus, um diese Situation zu entschärfen. Das Grundübel liegt darin, dass jährlich bis zu 200.000 Patienten eine Spitalsambulanz aufsuchen, obwohl sie von einem

niedergelassenen Facharzt oder Allgemeinmediziner behandelt werden könnten. Doch die benötigten Fachärzte gibt es nicht. Es bleibt nur der Gang ins Spital, wobei diese gleichzeitig die teuerste Versorgungsvariante ist.

Österreichweit rangiert Kärnten mit der Anzahl an Fachärzten mit Kassenvertrag an letzter Stelle. 100.000 GKK-Versicherte pro Jahr weichen in Kärnten zu einem Wahlarzt aus und eine Zweiklassenmedizin wird zunehmend etabliert. Neben einer mangelhaften Gesundheitsversorgung sind es aber auch die unzureichenden Leistungsangebote für ältere bzw. pflegebedürftige Menschen, die das vorherrschende Kärntner Gesundheits- und Sozialsystem äußerst fragwürdig erscheinen lassen.

Pflege zu Hause muss für alle leistbar sein

Immer mehr Menschen werden immer älter und bedürfen daher auch verstärkter Pflege. Die Politik hat dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und zu gewährleisten, dass die Versorgung und Pflege im Alter unter größtmöglicher und individueller Wahlfreiheit der Betreuungsform möglich ist. Derzeit agiert die Politik im Kärntner Pflegebereich an den Bedürfnissen der Menschen leider vorbei. Laut dem Landesrechnungshof werden sozial schwache Pflegebedürftige regelrecht in Heime gedrängt, weil sie sich die Pflege zu Hause nicht leisten können. Das ist ein unhaltbarer Zustand, den die Freiheitlichen ändern wollen. In der Pflege ist daher ein Kurswechsel dringend nötig. Das Geld soll nicht vorrangig in neue Bauprojekte, sondern in die betroffenen Menschen investiert werden.

Auch Studien belegen, dass Menschen vor allem zu Hause im Kreise ihrer Angehörigen gepflegt werden wollen. Der Aufenthalt im Pflegeheim ist für viele die allerletzte Option. Vielmehr ist es unser Anliegen, pflegende Angehörige durch adäquate Hilfestellungen zu unterstützen. Deshalb sollte das Land Kärnten in Zukunft neue Zuschüsse in Höhe von bis zu 600 Euro pro Monat für die 24-Stunden-Pflege gewähren, weil dieses sehr beliebte Versorgungsmodell derzeit für viele Menschen nicht leistbar ist. Außerdem sollten Kurzzeitpflegeangebote forciert werden, um notwendige „Pflege-Auszeiten“ in Anspruch nehmen zu können. Zudem muss es zu einem Ausbau der

mobilen Pflege kommen. Ein weiteres Ziel ist es, „Alternative Lebensräume“ für betreutes Wohnen auszubauen bzw. zu schaffen. Statt Millionen in den Bau von teuren Pflegeheimen zu stecken, sollten kleine Pflegeeinheiten für Seniorinnen und Senioren geschaffen werden. Kärnten braucht mehr dieser Angebote im kleinen Rahmen.

In Zukunft muss es auch im ländlichen Raum „Alternative Lebensräume“, etwa in Form von Wohngemeinschaften zwischen sechs und neun Betten, geben. Bereits bestehende Projekte, die in diese Richtung gehen, müssen evaluiert werden. Es gilt der Grundsatz: ambulante Pflege vor stationärer Pflege.



Wohnortnahe und qualitätsgesicherte Gesundheitsversorgung

70 Kärntner Landärzte erreichen in den nächsten Jahren das Pensionsalter. Nachfolger sind kaum zu finden. Geht es nach SPÖ, ÖVP und Grünen, so sollen ihre Ordinationen überhaupt geschlossen werden. Denn das neue und gegen die Stimmen der FPÖ beschlossene Kärntner Gesundheitsfondsgesetz räumt sogenannten Primärversorgungszentren in Bezirksstädten absoluten Vorrang ein. Arztpraxen in den kleinen Gemeinden sind für die derzeitige Koalition hingegen offenbar überflüssige „Parallelstrukturen“, die beseitigt werden müssen. In Wahrheit zeichnet sich eine Versorgungs-

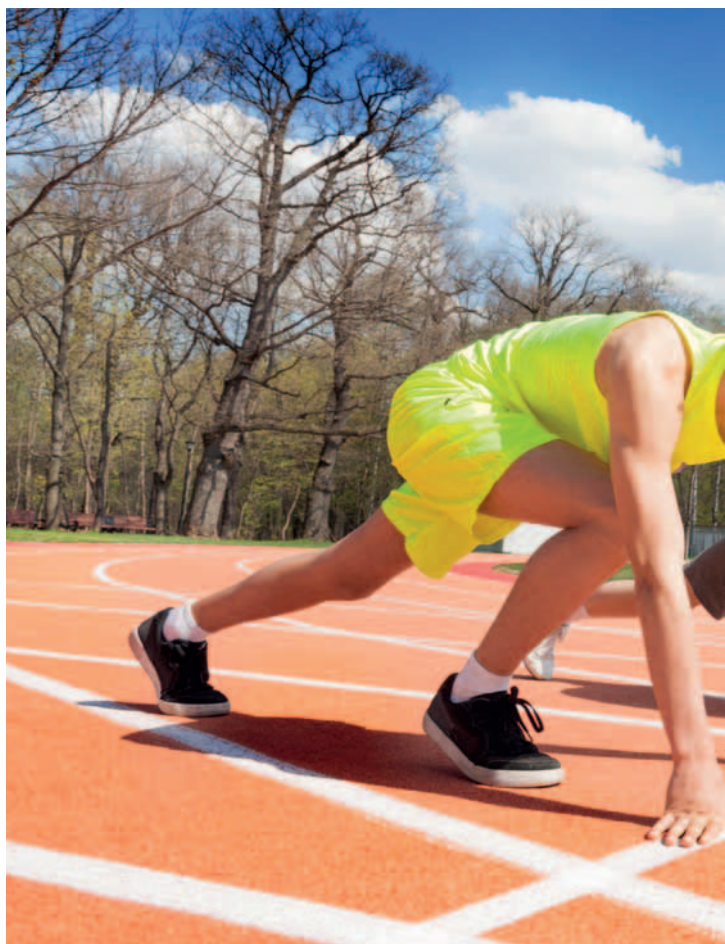
krise für alle Randregionen ab. Es ist daher notwendig, neue Anreize für Landärzte zu schaffen. So sollten beispielsweise Gruppenpraxen ohne Honorarkürzungen zugelassen werden, die eine Turnusausbildung auch bei Landärzten ermöglichen. Auch die Leistungsmitrierungen der GKK für Landärzte sollen abgeschafft werden. Die Belastung der Landärzte durch ein Übermaß an Bereitschafts- und Wochenenddiensten muss reduziert werden. In den Landgemeinden ist überdies die Zusammenarbeit von Ärzten mit mobilen Pflegekräften grundlegend neu zu gestalten.

Der in der Kärntner Landesregierung beschlossene Zielsteuerungsvertrag „Gesundheit“ bedeutet nichts anderes als eine Kostenbremse für die Patienten. Sowohl für die Krankenkassen (501 Millionen Euro) als auch für die Spitäler (803 Millionen Euro) werden Ausgabenobergrenzen festgelegt. Durften bisher die Ausgaben für Gesundheit um 3,6 Prozent pro Jahr steigen, so sinkt diese Quote bis zum Jahr 2021 auf 3,2 Prozent. Damit werden bundesweit etwa 400 Millionen Euro eingespart. In Kärnten sind es rund 30 Millionen Euro, um welche die GKK und die Spitäler ihre Ausgaben zusätzlich drosseln müssen. Obwohl die Gesundheitsausgaben in einer alternden Gesellschaft unter anderem wegen des medizinischen Fortschritts jährlich um 5 Prozent steigen werden.

Wenn man die Ausgabenquote senkt, dann sind zwangsläufig Einsparungen nötig. Problematisch ist der „Kostendeckel“ vor allem mit Blick auf neue und zugleich teure Medikamente (onkologische Arzneien), deren Finanzierung damit in Frage gestellt wird. Es ist davon auszugehen, dass die Kärntner GKK weitere Leistungen für die Kärntner Versicherten kürzen wird, wie dies bei den Inkontinenz-Produkten für Pflegebedürftige oder bei der Mitteltherapie für Krebskranke bereits geschehen ist. Kärnten zählt auch zu den Bundesländern mit der geringsten Dichte an niedergelassenen Kassenärzten. Die Folgen sind lange Wartezeiten für Patienten oder zusätzliche Zahlungen, weil man zu einem Privatarzt bzw. Wahlarzt ausweichen muss.

Verwaltungsreform in der KABEG

Auch die Verwendung der Budgetmittel durch die KABEG muss durchforstet werden. So ist nicht einzusehen, dass Kärnten Millionen für



seine Vorreiterrolle bei der nicht funktionierenden elektronischen Gesundheitsakte ELGA ausgibt, während kein Geld für ausreichendes Pflegepersonal zur Verfügung steht. Ein weiterer schwerer Managementfehler der KABEG und des Landes war es, die Mehrausgaben für die Behandlung von Asylwerbern in Höhe von 20 Millionen Euro nicht genau zu erheben und vom Bund eine entsprechende Abgeltung zu verlangen. So hätte man längst das benötigte Geld für Pflegekräfte. Die FPÖ tritt dafür ein, dass dem tatsächlich direkt beim Patienten arbeitenden Pflegepersonal der geforderte monatliche Gehaltsbonus gewährt wird. Diese Erhöhung sollte jedoch nicht wie etwa beim K-Schema für den patientenfernen Bereich gelten.

Sportförderung muss objektiv sein

Im Jahr 2015 vergab das Land Kärnten unter dem Titel der Sportförderung rund 7,5 Millionen Euro. Für die Vergabe dieser Fördermittel liegt bis dato keine Strategie vor, sodass der negative Eindruck bestehen bleibt, dass die Sportförderung nach persönlichem Gutdünken der politischen Sportreferenten verge-



Die Unterstützung von Sportlern und Sportvereinigungen darf nicht nach politischen Gesichtspunkten erfolgen sondern nach objektiven Kriterien. Dabei ist auf den Breitensport und Trendsport ebenso Rücksicht zu nehmen wie auf den Spitzensport. Selbstverständlich spielt auch der Schulsport eine wichtige Rolle und muss entsprechend gefördert werden.

ben wird. Ebenso fehlen Unterlagen, aus denen die Wirksamkeit der vergebenen Sportförderungen ersichtlich ist. Die FPÖ spricht sich daher für die unverzügliche Ausarbeitung einer Strategie für die Kärntner Sportförderung aus. Die FPÖ will eine Sportförderung nach objektiven Kriterien, die von unabhängigen Experten auszuarbeiten sind.

Zu fördern sind in einem fairen und ausgewogenen Verhältnis der Rand-, Breiten- und Spitzensport, wobei auch aktuelle Trendsportarten zu berücksichtigen sind. Ein positiver Aspekt für den ländlichen Raum ist durch die Unterstützung des Sportstättenbaus in diesen Regionen gegeben. Auch im Bereich des Sport-

stättenbaus ist auf eine möglichst große Vielfalt der geförderten Einrichtungen und auf das Entstehen von sportlichen Schwerpunkten in bestimmten Regionen zu achten.

Bewegung und Sport: Gesundheitsvorsorge beginnt im Kindergarten

Seelische und körperliche Gesundheit sollte ab dem Kindesalter gefördert werden. Initiativen wie „Nachwuchsmodell Austria“ (NaMoA) zielen speziell darauf ab und sollten weiter ausgebaut werden.

Durch einen ganzheitlichen und integrativen Unterricht, in dem Sport und Bewegung eine wesentliche Rolle spielen, werden Kindern attraktive Entwicklungsmöglichkeiten geboten.

6. Familie und Soziales



- Bekämpfung der „neuen Armut“ auf allen Ebenen
- Reform der Kärntner Mindestsicherung mit klarer Ausrichtung auf die Unterstützung von in Not geratenen Kärntnerinnen und Kärntnern
- Vergünstigte Mobilität (Bahn bzw. Bus) für Senioren, Pendler und junge Menschen
- Wiedereinführung von Teuerungsausgleich und Schulstartgeld
- Kampf gegen Arbeitslosigkeit durch offensives Betriebsansiedelungskonzept
- Evaluierung der Kärntner Familienförderung mit sozialen Schwerpunktsetzungen
- Ausbau der Kinderbetreuung
- Volle Wohnbauhilfe in Härtefällen

Die Sozialpolitik des Landes wird sich vorrangig der Problematik der „neuen Armut“ widmen müssen. Schönwetterreden oder gar Beschönigungsversuche sind hier fehl am Platz. Vielmehr bedarf es einer konkreten Problemlösungskompetenz. Aktuelle Expertenberichte gehen davon aus, dass in Kärnten bereits 58.000 Menschen (das sind 11 Prozent der Kärntnerinnen und Kärntner) unter der Armutsgrenze leben. Dabei handelt es sich keineswegs nur um Arbeitslose, sondern häufig um Erwerbstätige, Alleinverdiener, Pensionisten und allgemein um Menschen aus strukturschwachen sowie ländlichen Regionen. Dramatisch hoch ist der Anteil von Frauen und Jugendlichen.

Wie das „Kärntner Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ in einem aktuellen Bericht darlegt, sind immer mehr Kärntnerinnen und Kärntner trotz regelmäßiger Erwerbstätigkeit nicht mehr in der Lage, mit ihrem Einkommen auch tatsächlich auszukommen. Rund 18.000 Menschen in unserem Bundesland fallen in die Gruppe der sogenannten „Working Poor“.

Eine der schwerwiegendsten Ursachen für Armut sind die hohen Preise für das Wohnen in Kärnten. Faktum ist, dass die Mietpreise seit dem Jahr 2006 kontinuierlich um 25 Prozent

angestiegen sind. Umgerechnet auf die Einkommenssituation vieler Mieter bedeutet das, dass bis zu 90 Prozent des Einkommens bereits für das Wohnen ausgegeben werden. Besonders schwer ist die Situation für die Bezieher der Kärntner Mindestsicherung. Ihnen wird die zugesprochene Wohnbeihilfe von der Mindestsicherung abgezogen.

Die Ausrichtung der Wohnbaupolitik der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften des Landes bedarf einer Neuorientierung. Es mangelt in Kärnten an kleineren und leistbaren Wohneinheiten für die Bezieher kleinerer Einkommen. Die von den Wohnbaugenossenschaften häufig angebotenen Wohnungen sind für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen nicht attraktiv. Hier besteht aber gleichzeitig der größte Bedarf an Wohnungen.

Die FPÖ spricht sich für eine Wohnbauoffensive im ländlichen Raum aus, die sich an den Bedürfnissen von jungen Familien mit kleinen und mittleren Einkommen orientieren soll. In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, dass Kärnten im gemeinnützigen und sozialen Wohnbau die niedrigste Wohnbaurrate in Österreich aufweist.

Familienfreundliche Kinderbetreuung

Der Betrieb von Kinderbetreuungseinrichtun-

gen liegt im Verantwortungsbereich der Gemeinden. Aber auch hier gibt es Mehrfachzuständigkeiten und -finanzierungen. So ist der Förderbetrag, den eine Gemeinde für den Ganztagesbetrieb eines Kindergartens erhält, nur unwesentlich höher als die Förderung für den Betrieb eines Halbtageskindergartens. Dies führt dazu, dass Gemeinden finanziell oft nicht dazu in der Lage sind, notwendige Angebots-

erweiterungen in der Kinderbetreuung bereitzustellen.

Auch hier ist nach dem Prinzip der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung vorzugehen, um den Gemeinden die notwendigen Mittel und damit den Familien die jeweils regional erforderliche Kinderbetreuung zur Verfügung stellen zu können.



Die SPÖ hat in der Sozialpolitik der letzten Jahre völlig versagt. Viele wichtige Impulse, die in der Zeit freiheitlicher Regierungsverantwortung gesetzt wurden, haben Rot, Schwarz und Grün wieder beseitigt: Schulstartgeld, Kindergeld, oder der Teuerungsausgleich sind dem „Rot“-Stift zum Opfer gefallen. Die FPÖ sagt: Das ist der falsche Weg! Die Politik muss wieder für die Menschen da sein.

7. Umwelt und Energie



- Klares Bekenntnis zum Nationalpark Hohe Tauern und den Kärntner Biosphärenparks
- Novellierung des Kärntner Naturschutzgesetzes, mit klarem Bekenntnis zum Schutz von Umwelt und Ressourcen bei gleichzeitiger Ermöglichung wirtschaftlicher Leuchtturm-Projekte im ländlichen Raum
- Verstärkte Nutzung alternativer Energien durch gezielte Förderungen in Anlehnung an die Ökostrom-Förderung des Bundes
- Klimaschutz unter dem Gesichtspunkt regionaler Wertschöpfung und Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen
- Wirksamer Schutz der Kärntner Wasserreserven vor dem Zugriff durch EU oder privatwirtschaftliche Interessen
- Forcierung von Projekten des Hochwasser- und Unwetterschutzes im ländlichen Raum
- Innen- und außenpolitische Initiativen zur Schließung des AKW Krsko
- Schutz unserer hohen Umwelt-, Tierschutz- und Lebensmittelstandards
- Striktes Nein zur Privatisierung unserer Trinkwasserreserven

Der nachhaltige Schutz der weitgehend intakten Kärntner Umwelt und unserer natürlichen Ressourcen zählt zu den wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Kärnten hat mit der bereits im Jahre 1971 geschlossenen Vereinbarung von Heiligenblut den ersten Nationalpark Österreichs bekommen. Mit einer Fläche von 440 Quadratkilometern beträgt der Kärntner Anteil am Nationalpark Hohe Tauern 53 Prozent. Zugleich zählt die Nationalparkregion zu den touris-

tisch erfolgreichsten Destinationen Kärntens. Eine ähnliche Erfolgsgeschichte schreiben der Biosphärenpark Nockberge und der Naturpark Dobratsch, die jährlich von hunderttausenden Gästen besucht werden.

Der Schutz von Umwelt und Ressourcen schließt die gleichzeitige Ermöglichung wirtschaftlicher Leuchtturm-Projekte im ländlichen Raum keineswegs aus. Aufgabe der Landespolitik ist es, einen Ausgleich der Inte-



ressen des Natur-, Landschafts- und Ressourcenschutzes mit den vitalen Interessen der im ländlichen Raum lebenden Bevölkerung herzustellen. Wer menschenleere Alpentäler verhindern möchte, der wird sich auch an eine vernünftige Novellierung des Kärntner Naturschutzgesetzes heranwagen müssen. Die Verhinderung einer Großinvestition auf dem Mölltaler Gletscher unter Verweis auf das Naturschutzgesetz war ein grober politischer Fehler. Wenn die Freiheitlichen an anderer Stelle dieses Programms die Einrichtung einer Kärntner Projektentwicklungsgesellschaft verlangen, dann tun sie dies im Interesse einer professionellen Investorenbegleitung, die hilft, wertvolle Projekte auch abseits des Zentralraums zu ermöglichen und neu zu entwickeln.

Verstärkte Nutzung alternativer Energien

In den kommenden Jahren wird Kärnten in der Frage der Nutzung der erneuerbaren Energien einen neuen Anlauf unternehmen müssen. Ebenso nötig wird es sein, Initiativen wie „Sonnenland Kärnten“ wieder mit neuem Leben zu erfüllen. Dabei wird darauf zu achten sein, dass die regionale Wertschöpfung bei der Umsetzung neuer Projekte einen besonderen Stellenwert bekommt. Wenn man die gesamte Wertschöpfungskette (nachhaltige Arbeitsplätze, Wertschöpfung in der Region) der Ökostrom-Erzeugung betrachtet, dann ergibt sich folgendes Bild: Die hocheffizienten, dezentralen, kleineren und mittleren Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen mit Biomasse haben mit Abstand den höchsten volkswirtschaftlichen Nutzen.

Unter freiheitlicher Verantwortung wurden in diesem Bereich in Kärnten bereits mehrere Initiativen gestartet, die wieder aufgegriffen werden müssen.

Die Ökostromförderung des Bundes ist volkswirtschaftlich sinnvoll. Ein vernünftiger Energiemix und der konsequente Ausbau der

erneuerbaren Energien bringen den größten volkswirtschaftlichen Nutzen und reduzieren den immer noch enormen fossilen Energieimport in Österreich, der zur Zeit über 14 Milliarden Euro ausmacht. Unter diesen Gesichtspunkten sind auch auf Landesebene entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Der Einsatz moderner und alternativer Energien muss in in Zukunft auch im sozialen Wohnbau des Landes eine wichtigere Rolle als bisher spielen. Gerade bei der Sanierung bereits in die

Jahre gekommener Wohnanlagen in den Gemeinden muss verstärkt auf das Energiesparen geachtet werden.

Schließung des AKW Krsko

Kärnten hat in Zukunft auch





alles zu unternehmen, um im Rahmen einer aktiven Innen-, Außen- und Nachbarschaftspolitik auf die Schließung des slowenischen Atomkraftwerkes Krsko zu drängen. Kärnten hat eine gute Chance, das Know-how heimischer Energieerzeuger anzubieten, um Slowenien alternative Wege zur Lösung der Energieversorgung zu zeigen.

Schutz unseres Wassers

Ein weiteres Grundsatzbekenntnis legen die Freiheitlichen zum Schutz der heimischen Wasserreserven ab.

Eine Privatisierung wäre ein Anschlag auf die Autonomie des Landes und seine Menschen. Dies kommt für uns weder indirekt noch direkt in Frage. Unsere Quellen und Trinkwasserservois sind das Gold der Zukunft.

Schutz der Menschen

Nicht nur das Wasser selbst muss weiterhin geschützt werden, sondern wir müssen uns vor dem Wasser schützen. Heftige Wetterphänomene wie Starkregen, Hagelschlag, und Unwet-

ter in mittlerweile fast allen Monaten des Jahres machen es notwendig, den Hochwasserschutz in den Landgemeinden zu verbessern. Lawinenverbauungen, Wildbachverbauungen und großzügige Hochwasserschutzbauten dort, wo sie notwendig sind, müssen in den nächsten Jahren geplant und budgetiert werden – auch wenn vieles davon in die Bundeskompetenz fällt.

Auch Lärmschutz ist Umweltschutz

Umweltschutz heißt aber auch, die Menschen vor unerträglichen Emissionen zu schützen. Auch hier geht es um einen Ausgleich der Interessen. Mit der Errichtung der Koralmbahn sind für Kärnten einzigartige wirtschaftliche Chancen verbunden. Gleichzeitig müssen auch die Interessen der Tourismuswirtschaft im Großraum Wörthersee wahrgenommen werden, die ein Ansteigen des Bahn lärms befürchtet. Neben modernen Lärmschutzmaßnahmen bedarf es hier auch visionärer Ansätze wie etwa Überlegungen zur Errichtung eines einspurigen Bahntunnels.

Großangelegte Lärmschutzmaßnahmen haben auch dazu geführt, das Leben für Anrainer entlang der Wörtherseeautobahn erträglich zu machen, ohne dass dafür eine Tempobeschränkung verordnet werden müsste. Auch hier sind die Interessen des Berufsverkehrs, der Pendler und Touristen sowie die Bedenken der Wohnbevölkerung unter einen Hut zu bringen.

Schutz unserer hohen Umwelt-, Tierschutz- und Lebensmittelstandards

Die hervorragende Qualität unserer pflanzlichen und tierischen Lebensmittel in großer und regionaler Vielfalt ist die Stärke und Chance für die Zukunft unserer Agrar- und Lebensmittelwirtschaft.

Die im internationalen Vergleich kleinstrukturierte und auf Familienbetrieben basierende Land- und Forstwirtschaft produziert ressourcenschonend und auf Basis hoher Standards. Diese Qualitätsstandards gilt es auch durch klare und durchgängige Herkunftskennzeichnungen von Lebensmitteln zu schützen. Wir setzen daher verstärkt auf eine konsequente Weiterentwicklung der österreichischen Qualitätsstrategie in der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft.



Kärnten muss mit seiner intakten Umwelt und seinen wertvollen Ressourcen verantwortungsvoll umgehen. Die Nutzung alternativer Energien hat Vorrang. Unser Land hat mit Projekten wie der „Sonnenstadt St. Veit“ eine Vorbildfunktion für andere Länder.



Die Fertigstellung der Koralmbahn ist eine große Chance für Kärnten. Die baltisch-adriatische Achse bindet Kärnten an die wichtigsten Industriezentren Europas an. Auch für die Tourismuswirtschaft sind attraktive Zuganbindungen wichtig.

8. Wohnbau



- Mieten senken durch Verwaltungsreform und Einsparungen bei den Wohnbaugenossenschaften
- Echter „sozialer“ Wohnbau – „leistbares Wohnen“
- Zugang zur Wohnbauförderung ohne schikanöse Auflagen
- Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen vorrangig für Österreicher
- Direktzuschuss für „Häuslbauer“ („Häuslbauer-Bonus“)
- Weiterverfolgung des Modells „Netto Wohnbau“
- Vollständige Transparenz bei Rücklagen der Wohnbaugenossenschaften
- Sanierung, Revitalisierung und Vermietung von derzeit leerstehenden Wohnanlagen im ländlichen Raum
- Offensive bei Sanierungen zur Ankurbelung der Wirtschaft im ländlichen Raum

Aktuelle Bevölkerungsprognosen für Österreich gehen davon aus, dass bereits 2050 rund 9,63 Millionen Menschen in Österreich in 4,5 Millionen Haushalten leben werden. Der Grund für diese Zunahme ist unter anderem eine leicht positive Geburtenbilanz. Hauptsächlich ist dies aber eine Folge der Einwanderungswellen seit 2015.

In Kärnten ist Schätzungen zufolge aufgrund der besonders rückläufigen Geburtenzahl eine gegenläufige Entwicklung absehbar. Bis 2100 wird die Kärntner Bevölkerung der Wirtschaftskammer zufolge von 562.450 Personen im Jahr 2017 auf eine Bevölkerung von 540.167 schrumpfen. Städte wie Klagenfurt und Villach werden aufgrund der Zuwanderung von Asylsuchenden von einem Wachstum betroffen sein, während die ländlichen Regionen in den Bezirken Spittal/Drau, Hermagor und Wolfsberg mit einem starken Bevölkerungsrückgang rechnen müssen.

Das bedeutet eine besondere Herausforderung für Kärnten: Einerseits gilt es, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Andererseits sind Vorkehrungen zu treffen, um gegebenenfalls

auf die geänderten Bedürfnisse reagieren zu können.

Kärnten nimmt aber nicht nur hinsichtlich der Entwicklung der absoluten Bevölkerungszahlen eine Sonderposition in Österreich ein, sondern liegt auch als einziges Bundesland außer Wien über dem österreichweiten Wert bei der Anzahl der Einpersonenhaushalte. Die Haushalts- wie auch die Familienstrukturen haben sich in Kärnten über die Jahre hinweg massiv verändert. Die traditionelle Kernfamilie gibt es nicht mehr.

2020 werden in Österreich 38,1 Prozent aller Menschen in Einpersonenhaushalten leben, in Kärnten bereits 38,6 Prozent. Diese Zahlen werden bis 2060 auf 41,8 Prozent im gesamten Österreich und auf 43,9 Prozent in Kärnten anwachsen.

Wie in den meisten Bundesländern wird die Anzahl der Familien auch in Kärnten bis 2060 schrumpfen. 2020 leben den Prognosen der Wirtschaftskammer zufolge 151.293 Familien in Kärnten. 2060 werden es nur mehr 129.218 sein.



Der Wohnbau in Kärnten soll in Zukunft wieder „sozial“ werden und sich an den konkreten Anforderungen junger Menschen und Jungfamilien orientieren. Bestehende Wohnanlagen, die in die Jahre gekommen sind, sollen saniert und wieder günstig angeboten werden.



Der Rückzug der klassischen Kernfamilie ist in erster Linie auf eine sinkende Ehebereitschaft zurückzuführen. Lebensgemeinschaften werden bis 2060 in Kärnten ebenso abnehmen wie die Anzahl der Alleinerziehenden, was aber in erhöhtem Maße mit den demographischen Veränderungen in Kärnten korreliert. Die Abwanderung von jungen Menschen führt unweigerlich dazu, dass auch Frauen und Männer mit einem Kinderwunsch Kärnten verlassen, weshalb es weniger Alleinerziehende und Familien in Zukunft geben wird.

Die Faktenlage ist im Prinzip ganz einfach: Junge Kärntnerinnen und Kärntner wandern ab, da sie in Ballungszentren wie Wien oder Graz bessere Ausbildungs- und Arbeitschancen vorfinden. Zudem ist es eine perfekt funktionierende Infrastruktur und ein hohes kulturelles Angebot, das sie in die großen Städte lockt. Spätestens mit dem Wunsch nach der Schaffung eines Eigenheims denken sie jedoch wieder über eine Rückkehr nach.

Die Lebens- bzw. Wohnqualität ist in Kärnten unvergleichbar. Hier gilt es anzusetzen und einen Anreiz für Menschen zu schaffen, sich in Kärnten niederzulassen und ihren Traum vom Eigenheim zu verwirklichen.

Eine Studie der Stadt Wien zeigt, dass junge Familien verstärkt in periphere Regionen ziehen. Als Hauptmotiv zur Abwanderung wurden der Wunsch nach einem Eigenheim bzw. eigenem Garten und nach einer besseren Umweltqualität angegeben.

35 Prozent erklärten, dass es Kinder am Land besser als in der Stadt haben würden. Für wei-

tere 34 Prozent spielten die hohen städtischen Wohnkosten eine besondere Rolle. Wichtigste Punkte bei der Wahl für einen Wohnort sind demnach Leistbarkeit und ein kindgerechtes Wohnumfeld.

Freiheitliche Wohnpolitik bedeutet daher in erster Linie vor allem, leistbaren Wohnraum mit familien- und kinderfreundlichen Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

Fördern statt fordern

Momentan zielt die Kärntner Wohnbaupolitik darauf ab, privaten Wohnbau zu verunmöglichen. Die Chancen, sich den Traum vom Eigenheim mit Garten zu verwirklichen, werden aufgrund finanzieller Überlegungen immer geringer. Schuld daran ist ein sehr niedriger Förderungsdurchsatz (Verhältnis von Förderungszusicherung zu Baubewilligung) bei privaten Eigenheimen, der in den letzten Jahren von 80 bis 90 Prozent auf 30 Prozent gesunken ist. Die Wohnbauförderung in Kärnten mit ihren komplizierten Auflagen und unüberschaubaren Regelungen ist schon längst von einer Konjunkturlokomotive zu einer großen Bremse geworden. Obwohl jeder Arbeitnehmer und Arbeitgeber 0,5 Prozent der Lohnsumme für den Wohnbauförderungsbeitrag aufwendet, wird die Förderung kaum in Anspruch genommen.

Mittlerweile liegen daher bereits 25 Millionen Euro ungenutzt im Kärntner Wohn- und Siedlungsfonds, da die Regeln der Wohnbauförderung zu streng ausgestaltet sind. 2016 wurden lediglich 400.000 Euro an sieben Antragsteller

ausbezahlt, was einem Miniprozentsatz von 1,3 Prozent des Fördertopfes, der von fleißigen Kärntnerinnen und Kärntnern befüllt wurde, entspricht. Der von den Freiheitlichen initiierte „Häuslbauer-Bonus“, der eigentlich dazu gedacht war, schnell und unbürokratisch Privatpersonen bei der Schaffung bzw. Sanierung von Eigenheimen zu unterstützen, wurde im Zuge der Wohnbauförderungsnovelle 2018 durch einen Regelungswust unattraktiv gemacht. Zudem lassen die Wohnbauförderungsrichtlinien kaum Spielraum zu, um den Wohnraum nach eigenen Wünschen zu gestalten. Förderungen zielen bis dato nur auf jene Personen ab, die es sich leisten können, nach den Auflagen des Wohnbauförderungskatalogs zu bauen. Andere Personen ohne derartige finanzielle Möglichkeiten werden abgestraft, wenn sie etwa von einer Öl- auf eine Niedrigenergieheizung umsteigen wollen.

Unser freiheitlicher Ansatz zielt darauf ab, den Wohnbau weitestgehend frei von strengen Regularien zu ermöglichen, um einen tatsächlichen Anreiz zur Ansiedelung und einen Impuls zur wirtschaftlichen Veränderung zu geben.

Wir fordern daher:

- Zugang zur Wohnbauförderung ohne schikanöse Auflagen
- Direktzuschuss für „Häuslbauer“ („Häuslbauer-Bonus“)
- Basisförderung für „Häuslbauer“ auf einfache und unbürokratische Weise

Als maßgebliches Instrument zur Attraktivierung von Eigenheimschaffung dient zudem das Konzept des „Netto-Wohnbaus“, für dessen Umsetzung wir uns bereits seit Jahren in Wien einsetzen.

Eckpunkte für den „Netto-Wohnbau“:

- Refundierung der Umsatzsteuer von 20 Prozent bei Vorlage von Rechnungen für Neubau bzw. Sanierung
- Fördersatz in einheitlicher Form
- Eindämmung der Schwarzarbeit
- Erleichterung für private „Häuslbauer“ und Ankurbelung der Wirtschaft

Bekennnis zu mehr Offenheit – leistbares Wohnen

Wohnbau in Form von Eigenheimschaffung ist vor allem für Familien besonders reizvoll. Auf-

grund der demographischen Veränderungen ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Haushaltsstrukturen in Richtung Einpersonenhaushalt verändern werden, wovon vor allem ältere und alleinstehende Menschen betroffen sein werden. Aber auch alleinstehende Mitbürger werden einen erhöhten Bedarf an Wohnraum haben.

Falsch ist jener Weg, der in den letzten Jahren beschritten wurde. Im Geschosswohnbau gibt es einen anhaltenden Förderungsboom. Diese Gelder erreichen in Kärnten häufig nur Genossenschaftswohnungen, die an den Stadträndern der Kärntner Ballungszentren wie Pilze aus dem Boden wachsen.

Der gemeinnützige Wohnbau muss in Kärnten neu strukturiert werden, damit auch das Wohnen am Land bzw. in bestehenden Wohneinheiten wieder eine günstige Alternative darstellt. Für diese gelten oft veraltete Verträge und ausgelaufene Förderungen, sodass ein Wohnen im Altbestand teurer ist als in vergleichsweise billigen Neubauten.

Freiheitliche Wohnbaupolitik bedeutet daher eine Durchsetzung der Öffnung des Wohnbaus-sektors, um Wohnungssuchende und Mieter, die sich aufgrund von Verträgen zwischen Land und Gemeinden mit unverhältnismäßig hohen Mieten konfrontiert sehen, zu entlasten. Eine Attraktivierung und Leisbarmachung bestehender Wohnungen muss das Ziel sein.

Wir fordern daher:

- Sanierung, Revitalisierung und Vermietung von derzeit leerstehenden Wohnanlagen im ländlichen Raum
- Offensive bei Sanierungen zur Ankurbelung der Wirtschaft im ländlichen Raum
- Entwicklung eines Mietsenkungsprogramms für Kärnten durch grundlegende Verwaltungsreform und Einsparungen bei den Wohnbaugenossenschaften

Sozialer Wohnbau als ein Dankeschön für die Kärntner Bevölkerung

Eine besondere Herausforderung für den Kärntner Wohnungsmarkt stellt der Familien-nachzug dar. 2015 kamen rund 90.000 Asyl-suchende nach Österreich.

2016 waren es noch immer über 40.000. Dass Kärnten zu einem besonders attraktiven Land





Der soziale Wohnbau ist ein hervorragendes Instrument, um die heimische Wirtschaft zu beleben. Zusätzlich schlagen die Freiheitlichen einen „Häuslbauer“-Bonus vor, damit auch kleinere Unternehmen zu wichtigen Aufträgen kommen.

für Migranten wird, ist vor allem auf die Wohnbauförderungsgesetzesnovelle 2018, die von SPÖ, ÖVP und Grünen durchgesetzt wurde, zurückzuführen. Alle Ausländer, Asylanten sowie subsidiär Schutzberechtigte, die sich im Bundesgebiet aufhalten, sind ab 2018 den Einheimischen im sozialen Wohnbau gleichgestellt.

Gleichzeitig gibt es eine Umverteilung der Wohnbaugelder von jenen heimischen Arbeitnehmern, die monatlich kräftig einzahlen, hin zu jenen Personen, die bis dato keinen Beitrag zum Erhalt unseres Sozialsystems geleistet haben.

Zu befürchten sind in diesem Zusammenhang vor allem kulturelle und soziale Konflikte, die beispielhaft so beschrieben werden können: „Neben einer älteren Dame, die seit Jahrzehnten in ihrer Wohnung lebt und das Geld für Miete und eine warme Wohnung mühsam zusammenkratzt, wird eine ausländische Männer-WG einziehen. Sie wird sich nicht mehr trauen, die Nachbarn mit ‘Grüß Gott’ zu begrüßen, da bereits bei dieser einfachen Grußformel religiöse Welten aufeinanderprallen werden.

Auch ein ‘Guten Tag’ wird nicht ausreichen, um sich zu verständigen, da anerkannte Flücht-



Dieses Beispiel zeigt ein wenig überspitzt formuliert nur einen Ausschnitt all jener Konfliktpotenziale auf, die aufgrund der zwanghaften Vermischung von verschiedenen Kulturen im sozialen Wohnbau entstehen können und die unsere Kärntnerinnen und Kärntner stark benachteiligen.

Der Wohnbau in Kärnten soll in Zukunft wieder „sozial“ und den konkreten Anforderungen junger Menschen und Jungfamilien gerecht werden.

linge aufgrund der Gesetzesneugestaltung keine Deutschkenntnisse mehr besitzen müssen. Besonders tragisch wird die Tatsache wiegen, dass sich die alte Dame die Leistbarkeit ihrer Wohnung von ihrer Pension, für die sie jahrzehntelang eingezahlt hat, hart absparen muss, während ihren neuen Nachbarn weitaus mehr Mittel aufgrund von Mindestsicherung und sonstigen Zuschüssen zur Verfügung stehen.

Wollen wir so mit unseren Senioren und Mitmenschen umgehen, die sich um unser schönes Land bemühen?“





9. Gemeinden



- Faire Neuregelung des Finanzausgleiches
- Reform (Zusammenführung) der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung zwischen Land und Gemeinden
- Verlagerung von Dienstleistungen hin zu Gemeinden und damit näher zum Bürger (wie Ausstellung des Reisepasses, Personalausweis etc.)
- Stärkung der Position der Gemeinden im Raumordnungsgesetz (Widmungen)
- Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum (auch Fachärzte)
- Schaffung neuer und Sicherung bestehender Pflegeeinrichtungen
- Absicherung der bestehenden Volksschulen
- Keine willkürlichen Genehmigungen von Asylquartieren in den Gemeinden

Die 132 selbstständigen Kärntner Gemeinden bilden das Rückgrat des Landes Kärnten.

Die FPÖ bekennt sich ausdrücklich zur Autonomie und Selbstständigkeit der Kärntner Gemeinden, die ein bedeutender Arbeitgeber und Motor der regionalen Wirtschaft sind. Gerade in dieser Funktion verdienen die Gemeinden eine noch größere Unterstützung des Landes und auch des Bundes.

Faire Neuregelung des Finanzausgleichs

In der Regel wird alle fünf Jahre über den sogenannten Finanzausgleich die Aufteilung der Finanzeinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu verhandelt.

Die weitere Aufteilung unter den Gemeinden erfolgt über den sogenannten abgestuften Bevölkerungsschlüssel, der dazu führt, dass kleinere Gemeinden pro Kopf effektiv weniger Finanzmittel erhalten als größere Gemeinden.

Dieser Umstand kann durchaus als ungerecht bezeichnet werden. Hier ist im Sinne einer Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung eine Neuregelung zu suchen.

Reform (Zusammenführung) der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung

Derzeit gibt es in sehr vielen Bereichen, in denen öffentliche Leistungen erbracht werden, Mehrfachzuständigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden. Seit Jahren wird von Seiten des Rechnungshofes oder des Fiskalrates eine Reform der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung gefordert, da man darin wesentliche Einsparungspotenziale sieht.

Auch zwischen Land und Gemeinden gibt es diese Mehrfachzuständigkeiten wie etwa bei den Kindergärten, Schulen, Gesundheits- oder Sozialbereichen. Hier sind die derzeitigen Prozesse zu analysieren und deren Sinnhaftigkeit kritisch zu hinterfragen.

Mehr Bürgernähe bei gleichzeitiger Stärkung der Gemeinden

Die voranschreitende Digitalisierung ermöglicht es, dass es oft nicht mehr von Bedeutung ist, wo gewisse Leistungen erbracht werden. So könnten heute viele Behördenangelegenheiten wie beispielsweise die Ausstellung



Die Kärntner Gemeinden sind das Rückgrat der Landesverwaltung. Die Funktion der Gemeinden als Servicestelle vor Ort ist dringend auszubauen.

eines Reisepasses oder Personalausweises von den Gemeinden erledigt werden. Dies wäre nicht nur eine massive Stärkung der ländlichen Gemeinden, sondern hätte auch einen Riesenvorteil für die Bürger, die heute oft kilometerweite Anfahrten zu den Bezirkshauptmannschaften oder anderen Behördenstellen in Kauf nehmen müssen.

Stärkung der Position der Gemeinden im Raumordnungsgesetz (Widmungen)

Einer Novellierung unterzogen werden muss auch das Kärntner Raumordnungsrecht. Das mehrstufige Widmungsverfahren mit seiner maßgeblichen Einbeziehung der Landesregie-

rung ist nicht mehr zeitgemäß. Es widerspricht einerseits dem Grundsatz der Gemeindeautonomie und andererseits den wirtschaftlichen Interessen vieler Gemeinden.

Beachtet werden muss hier, dass die Raumordnung auch ein Instrument der Wirtschaftspolitik ist, mit dem behutsam und gleichzeitig zielgerichtet umgegangen werden muss. Die Einbeziehung von Beiräten (wie Raumordnungsbeirat, Naturschutzbeirat oder Ortsbildpflegekommission) ist zu hinterfragen bzw. gesetzlich neu und einheitlich nachvollziehbar zu regeln. Innerhalb des sogenannten örtlichen Entwicklungskonzeptes ist ein verkürztes Wid-



mungsverfahren zu verankern und die Einbeziehung der Landesregierung auf Ausnahmen zu reduzieren.

Keine willkürlichen Genehmigungen von Asylquartieren in den Gemeinden

Die auf Bundesebene am 15. Oktober 2017 abgewählte SPÖ-ÖVP-Koalition hat dem Innenministerium das Recht eingeräumt, in den Gemeinden willkürlich Asylquartiere zu genehmigen und zu errichten. Das hat dazu geführt, dass in Kärnten insgesamt sechs solcher Quartiere genehmigt wurden.

Die Freiheitlichen vertreten die Auffassung, dass dieses Gesetz, mit dem in anderen Verfahren eigentlich übliche Anrainerrechte, völlig ausgeschaltet werden, zu beseitigen ist.

Die Verordnung von Asylquartieren kann schon aus Gründen der sozialen Sicherheit und des sozialen Friedens nur in bestem Einvernehmen

mit den Gemeinden und der direkt betroffenen Wohnbevölkerung erfolgen. Derzeit besteht kein Bedarf an der Genehmigung von Asylquartieren in Kärnten. Vielmehr sind die derzeitigen Quartiere zu evaluieren.

Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum – auch bei Fachärzten

Auf die Forderung der Freiheitlichen nach einer Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum wurde bereits hingewiesen. Kärnten steuert auf einen dramatischen Mangel an niedergelassenen Allgemeinmedizinern und Fachärzten zu. Heute gibt es in den 132 Kärntner Gemeinden mit bis zu maximal 3.000 Einwohnern gerade noch 109 Ärzte, von denen in den nächsten fünf Jahren 50 in den Ruhestand treten. Es ist zu befürchten, dass sich für den Großteil davon keine Nachfolger finden werden.

Die Bedingungen für junge Mediziner sind einfach zu wenig attraktiv. Die Patienten müssen hingegen auf Spitalsambulanzen ausweichen, deren Kosten bereits auf über 150 Millionen Euro pro Jahr ausufern. Nur die Hälfte dieser Kosten ist auch durch Einnahmen gedeckt. Den Rest muss der Steuerzahler finanzieren. Das ist unfair, denn mit dem monatlichen Beitrag zur Krankenversicherung sollte dieser Bedarf abgedeckt sein. Die Schaffung von mehr Kassenstellen wäre wesentlich effizienter, anstatt immer mehr Geld für die Ambulanzen ausgehen zu müssen.

Schaffung neuer und Sicherung bestehender Pflegeeinrichtungen

Der Bedarf an Pflegeeinrichtungen in den Gemeinden steigt kontinuierlich an. Die derzeit 5.600 Plätze in den 78 Heimen sind zum Großteil voll ausgelastet. Es zeichnet sich ein Notstand ab, wenn die Nachfrage weiterhin ungebremst anhält.

Pflegeheime sollten auch die ambulante Versorgung unterstützen, indem vermehrt Kurzzeitpflege möglich wird. Dafür hat seinerzeit die FPÖ Vorsorge getroffen, aber heute fehlen dafür Kapazitäten. Kärnten kann im Pflegewe-

sen den vom Bund vorgeschriebenen Kostendämpfungspfad von 4,6 Prozent nicht einhalten.

Es wurde verabsäumt, das kostengünstige Angebot der „Alternativen Lebensräume“ auszuweiten und Projekte in den städtischen Bereich, etwa in Form von Wohngemeinschaften, zu übertragen. Die zukünftige Finanzierung der Pflege wird jedenfalls auf mehr als zwei Beinen stehen müssen: Wünschenswert wäre eine Finanzierung durch Länder, Gemeinden, Pflegefonds und Sozialversicherungen. Pflegeheime erbringen auch krankenhauseretzende Leistungen, weshalb auch die Krankenkassen dazu einen Beitrag leisten sollten.

Auch die von der Bundesregierung vorgenommene Kürzung des Pflegegeldes sowie die jahrelange Nichtvalorisierung des Pflegegeldes erschweren die Finanzierung der Pflege und erhöhen die finanzielle Belastung für Land und Gemeinden.

Absicherung der bestehenden Bildungsstruktur

Hier darf auf die Ausführungen im dritten Kapitel („Bildung und Ausbildung“) verwiesen werden. Für die Freiheitlichen steht außer Frage, dass die Gemeinden Bildungsstandorte bleiben müssen. Der Erhalt der bestehenden Bildungsstruktur (Volksschulen, Hauptschulen, Musikschulen) in den Gemeinden ist ein wichtiges Anliegen freiheitlicher Politik.

Die Gemeinden sind unser unmittelbarer Lebensraum. Hier muss mit großer Sorgfalt und dem nötigen Weitblick die Zukunft unserer Kinder gestaltet werden.



10. Infrastruktur, Arbeit und Wirtschaft



- Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung
- Offensive Standortpolitik durch Projektentwicklung und Investorenbetreuung (durch eine Projektentwicklungsgesellschaft für Kärnten mit dem Namen PEG)
- Neue Finanzierungsformen für touristische Projekte in den Gemeinden mit Zweckbindung
- Weiterentwicklung „Silicon Alps“ Vision für den Bereich der Elektronik- und Mikroelektronikbranche
- Untersuchung einer einspurigen Tunnelvariante für den Güterverkehr entlang der Wörthersee-Trasse
- Weiterer Ausbau des Hightech-Schwerpunkts in Kärnten mit dem „Lakeside Park“, der Fachhochschule Kärnten, dem Technologiepark Villach und der EUREGIO HTBLVA Ferlach
- Breitbandausbau und schnelles Internet auch im ländlichen Raum
- Sicherung von Flughafen, Seegrundstücken und Skigebieten für Kärnten
- Investitionsoffensive für die Tourismuswirtschaft (Haftungsübernahmen, Förderungen)
- Gesundheitstourismus: Neue Chance nutzen und forcieren
- Objektive Interessensabwägung zwischen Naturschutz, Raumordnung und Arbeitsmarkt
- Wiedereröffnung der Landestankstellen zur Abgabe von billigerem Treibstoff
- Weiterentwicklung von „Alpen Adria Logistik Carinthia“ (ALPLOG) zum „Logistik Center Austria Süd“
- Ausbau längst fälliger Straßen-Infrastruktur (B 100 Oberes Drautal, S 37 etc.)

Die rot-schwarz-grüne Koalitionsregierung hat sich 2013 in ihr Regierungsprogramm geschrieben, Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Armut in Kärnten bekämpfen zu wollen sowie die Landesfinanzen zu sanieren. Davon kann nicht die Rede sein. Vielmehr zeigen alle Statistiken konkreten Handlungsbedarf bezüglich der bedrückenden Tatsache, dass Kärnten innerhalb der nächsten zehn Jahre zur österreichischen Krisenregion wird. Diesen Status

hatte Kärnten bereits in den Jahren der absoluten roten Mehrheit, bis die Freiheitlichen 1989 das Eis gebrochen haben.

Die FPÖ hat in den Jahren bis 2013 dem Land schrittweise ein neues Selbstbewusstsein und Kraft gegeben bzw. den unternehmerischen Tatendrang gefördert.

Bürokratieabbau vorantreiben

Durch einen klugen Bürokratieabbau und Ver-





waltungsvereinfachungen kann die Wettbewerbsfähigkeit enorm gesteigert werden. Das Kernübel ist ein Übermaß an Regulierung und muss beseitigt werden. Die Mehrfachstrukturen und damit das Wirrwarr an Kompetenzen sind aufzubrechen. Klare Strukturen mit entsprechender Zuständigkeit und Befähigung sowie die dazugehörige Verantwortung sind zukunftsweisend.

Dazu braucht es eine Reduktion von Vorschriften und Auflagen auf das absolut notwendige Maß sowie schnelle und zielgerichtete Genehmigungsverfahren.

Folgende Punkte haben Priorität:

- Abbau von Auflagen bzw. Vorschriften
- Reduktion der sehr verwaltungsintensiven Aufzeichnungspflichten
- Beschleunigung von Verwaltungsabläufen und damit von Genehmigungen

Die PEG – Eine Projektentwicklungsgesellschaft für Kärnten

Die Freiheitlichen sprechen sich für die Einrichtung einer eigenen Projektentwicklungsgesellschaft für Kärnten aus. Diese Gesellschaft des Landes soll eigene Projekte umsetzungs-

fertig vorbereiten, um Investoren ansprechen zu können oder Unternehmer bei ihren Projektentwicklungen zu unterstützen. Damit soll sie als Motor für die Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen.

So könnte man Unternehmern und interessierten Investoren das Risiko eines scheiternden Behördenverfahrens abnehmen. Derzeit schrecken viele Unternehmer auch wegen langer und aufwendiger Behördenverfahren vor Investitionen zurück. Alle bestehenden Gesellschaften und Abteilungen des Landes müssten der Projektentwicklungsgesellschaft zuarbeiten. Außerdem sollen Projektideen genehmigungsfähig vorbereitet und dann in einer Projektliste Unternehmern und Investoren national und international angeboten werden. Ein Investor, der beispielsweise ein Hotelprojekt in einer Region plant, könnte so auf ein fertiges und genehmigungsfähiges Projekt zurückgreifen und es damit sofort realisieren.

Im Fall des Hotelprojektes am Mölltaler Gletscher hat die Koalition bereits ein wichtiges Projekt und damit die Schaffung vieler Arbeitsplätze verhindert. Es gibt aber auch zahlreiche weitere Fälle, in denen eine solche Gesell-



- Regionalbahnen erhalten statt schließen
- Breitbandanbindung und notwendige Energieversorgung optimieren und sicherstellen

Neue Finanzierungsformen für die touristische Infrastruktur

Gerade im Bereich der Tourismuswirtschaft ist eine Investitionsoffensive dringend notwendig. Im Bundesland Tirol wurden allein im vergangenen Jahr 700 Millionen Euro in Beschneigungsanlagen investiert.

schaft positive Leistungen für Kärnten erbringen hätte können. Man denke an die nun in Slowenien errichtete neue Lackieranlage von Magna oder den geplanten Lithium-Abbau auf der Koralpe. Die rot-schwarz-grüne Koalition hat die Magna-Ansiedelung mit bis zu 3.000 neuen Arbeitsplätzen trotz vielfacher Aufforderungen verschlafen. Auch beim Lithium-Abbau könnte die Weiterverarbeitung in Kärnten statt in der Steiermark stattfinden.

Mit einer Projektentwicklungsgesellschaft hätte man in beiden Fällen bereits fertige Standorte planen und somit zum Vorteil Kärntens realisieren können.

Nach der Schließung der erfolgreichen „Entwicklungsagentur Kärnten“ durch die rot-schwarz-grüne Koalition obliegt der neu zu errichtenden Projektentwicklungsgesellschaft auch ein offensives Standortmarketing. Die Standortvorteile Kärntens müssen international präsentiert werden, um potentielle Investoren anzusprechen.

Wir brauchen eine zukunftsweisende Ansiedlungsstrategie mit folgenden Schwerpunkten:

- Grundstückssicherung inklusive Widmung
- Unterstützung durch professionelle Hilfe bei der Projektentwicklung
- Schnelligkeit bei Genehmigungsverfahren
- Abbau von bürokratischen Hürden bei der Verwaltung und bei Auflagen
- Anbindung an leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur (Luft, Wasser, Schiene, Straße)

Eine solche Offensive benötigt Kärnten vor allem für die auf den Sommer ausgerichteten Tourismusbetriebe. Die Aufgabe der Politik besteht dabei in der Bereitstellung der Rahmenbedingungen, innerhalb derer investiert werden kann. Es braucht daher auch in diesem Bereich Projektentwicklungen, um eine Trendumkehr einzuleiten.

Vorstellbar wäre etwa, dass die Gemeinden nach Tiroler Vorbild pro Übernachtung ein „Infrastruktur-Euro“ einheben können. Damit soll Kapital zweckgebunden und ausschließlich in touristische Infrastrukturinvestitionen in den Regionen fließen. Als Unterstützung bei der Umsetzung der Projekte könnte ebenfalls eine Projektentwicklungsgesellschaft tätig werden. Die Einbindung von Gemeinden und von Tourismusregionen bzw. -verbänden in diese Prozesse wäre natürlich sinnvoll und wünschenswert.

Wir sind überzeugt, dass damit nicht nur das Kapital für essentiell notwendige touristische Infrastrukturprojekte (wie etwa der Aussichtsturm Pyramidenkogel) aufgebracht, sondern eine generelle Attraktivierung des Tourismus in Kärnten erreicht werden kann. Das wäre zum Vorteil für die gesamte Bevölkerung.

Innovation, Forschung und Entwicklung als tragende Säulen der Wirtschaft

Mit dem „Lakeside Park“ und dem Technologiepark Villach sowie Initiativen zu Clusterbildungen wie etwa das Projekt „Silicon Alps“ wurden bereits unter freiheitlichen Landes-





In die Infrastruktur des ländlichen Raumes muss investiert werden. Projekte müssen ermöglicht, nicht verhindert werden.

hauptleuten wichtige Meilensteine im Bereich der Technologieentwicklung gesetzt.

Leider wurden diese Maßnahmen in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt, obwohl sie für die Innovationskraft eines pulsierenden Wirtschaftsraumes und damit für die Zukunft Kärntens enorm wichtig sind. Hier müssen wieder entsprechende Impulse gesetzt werden und für innovative Unternehmen, egal in welchem Bereich und in welcher Größe, die bestmöglichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Initiative für Breitband bedeutet schnelleres Internet für alle Regionen

Eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung oder Neuansiedelung von innovativen Unter-

nehmen ist das Vorhandensein schneller Internetanbindungen. Leider wurde auch in diesem Bereich der Anspruch auf die vom Bund in Aussicht gestellte sogenannte „Breitbandmilliarde“ verschlafen.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass Kärnten gerade im ländlichen Raum den Infrastrukturmöglichkeiten großer Städte und den Anforderungen junger Menschen hinterherhinkt.

Gesundheitstourismus als Chance erkennen und nutzen

Wie aus einer veröffentlichten Studie des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft hervorgeht, stellt Gesundheit einen höchst bedeutenden und wachsenden Markt dar, der vorallem für Tourismusbetriebe große Zukunftschancen eröffnet.



Die neue Koralmbahn bietet für den Wirtschaftsraum Kärnten einmalige Chancen. Die oberitalienischen Industriezentren und der wichtige Adria-Hafen Triest rücken damit noch näher an die heimischen Wirtschaftsbetriebe heran.

Es wäre zu untersuchen, welche Potenziale Kärnten derzeit bereits bietet, wobei diese entsprechend genutzt und ausgebaut werden können.

Koralmbahn als Jahrhundertchance

Mit der Fertigstellung der Koralmbahn, wobei diese unter FPÖ-Regierungsverantwortung begonnen wurde, und der damit einhergehenden Vollendung der sogenannten baltisch-adriatischen Achse ergibt sich für Kärnten eine wirtschaftliche Jahrhundertchance. Parallel dazu wurde direkt am Schnittpunkt von zwei Hauptverkehrsachsen (Achse über die Tauern und baltisch-adriatische Achse) das Projekt ALPLOG in Fürnitz entwickelt. Die ÖBB betreiben am Standort einen Großverschiebehnhof, der als Drehscheibe für den nationalen und inter-

nationalen Güterverkehr dient und unter anderem eine werktägliche Anbindung an ausgewählte Häfen an der Adria bietet.

Diese Voraussetzungen schaffen die Möglichkeit, sich als sogenannter „Trockenhafen“ und damit als international bedeutsame Drehscheibe für den Güterverkehr positionieren zu können. Eine solche Chance muss genutzt werden. Die notwendigen politischen Entscheidungen müssen daher getroffen und vorangetrieben werden.

Tunnelvariante für eine „Nordumfahrung Wörthersee“

Auch bezüglich des notwendigen Lärmschutzes entlang der Bahntrasse im Raum Wörthersee ist in den letzten Jahren leider zu wenig passiert.



Ab der voraussichtlichen Inbetriebnahme der Koralmbahn im Jahr 2026 ist damit zu rechnen, dass durch die damit geschaffene Verbindung des Baltikums mit Italien und dadurch den Häfen an der Adria der Güterverkehr und die Emissionsbelastung für die Anrainer enorm ansteigen wird. Es ist daher das Gebot der Stunde, umgehend entsprechende Maßnahmen zu setzen und mögliche Lösungsvarianten zu untersuchen.

Als eine erste Maßnahme muss die Verlagerung des in Zukunft zunehmenden Güterverkehrs untersucht werden. Eine Möglichkeit dafür wäre eine einspurige Tunnelvariante im Bereich des Wörthersees, die in einem ersten Schritt ausschließlich für den Güterverkehr zur Verfügung gestellt werden könnte. Wir Freiheitlichen sprechen uns klar auch für die Untersuchung dieser Variante aus.



11. Landwirtschaft



- Strukturerehaltende Landwirtschaftsförderung: Abkehr von der ausschließlichen Flächenförderung hin zur Arbeitsplatzabsicherung
- Bekenntnis zur gentechnikfreien Landwirtschaft in Kärnten
- Förderung der Entwicklung von „Hofläden“ und Vermarktungsgemeinschaften
- Sicherstellung von Zahlungen des Landes für aus naturbedingten oder anderen spezifischen Gründen benachteiligte Gebiete zusätzlich zur Ausgleichszulage (Top-up-Zahlung)
- „Natura-2000“-Gebiete nur mit Zustimmung der betroffenen Landwirte und mit Ausfallshaftung für allenfalls wegfallende Wertschöpfung
- Raschere und vor allem unbürokratische Hilfe bei Katastrophenfällen (Sturm, Überschwemmungen) sowie das Inkraftsetzen einer Seilbahn – Förderung bei den Schäden durch den Borkenkäfer
- Praxistauglichere Regelungen für Direktvermarkter
- Nachfolgeregelung zur „Mutterkuhprämie“
- Keine Schlechterstellung der Landwirtschaft durch das neue Raumordnungsgesetz sowie keine Widmungsabgabe für unbebaute Grundstücke
- Bekenntnis zum Erhalt, der Förderung und der Weiterentwicklung des ländlichen Raumes (ländliches Wegenetz)
- Schutz der heimischen Bienen und Förderung der Imkerei in Kärnten

Viele Bäuerinnen und Bauern fühlen sich von der bisherigen Agrarpolitik schlecht vertreten. Jetzt gilt es, den Bauern die Hand zu reichen.

Bessere Preise für heimische Qualität

Derzeit müssen die Bäuerinnen und Bauern hohe Werbebeiträge an die Agrarmarkt Austria (AMA) abliefern. Das AMA-Zeichen ist aber in den letzten Jahren vom Qualitäts- zum Billig-Siegel mutiert. Mit dem AMA-Siegel versehene Produkte bester österreichischer Qualität sind mittlerweile billiger als die Eigenmarken der Supermarktketten. Wir wollen wieder faire Preise für heimische Qualitätserzeugnisse durchsetzen.

Gerechte Bauernpensionen

Während ältere Bäuerinnen und Bauern, die ihr Leben lang auf ihren Höfen hart gearbeitet und damit einen wertvollen Beitrag für die österreichische Volkswirtschaft geleistet haben, heute im Durchschnitt nicht einmal 600 Euro an Pension bekommen, erhalten Asylanten und Einwanderer aus der sogenannten „Grundsicherung“ des Staates wesentlich mehr. Wir stehen für gerechte Bauern-Pensionen statt Asylanten-Millionen.

Weniger Belastungen und mehr Einkommen

Statt den Bäuerinnen und Bauern in Folge der stark gesunkenen Einkommen wirksam zu





helfen, hat Agrarpolitik auf Bundesebene mit kräftiger Unterstützung der Landwirtschaftskammern zuletzt die Einheitswerte massiv erhöht. Nun stehen den Bäuerinnen und Bauern enorme Mehrbelastungen etwa bei der Sozialversicherung ins Haus. Die Bauern zahlen die Zeche, obwohl die bäuerliche Sozialversicherung derzeit jährlich auch noch staatliche Zuschüsse in Höhe von mehr als 2 Milliarden Euro braucht. So kann es nicht weitergehen. Die Agrarpolitik muss dem Bauernstand die Hand reichen und Entlastungen umsetzen, anstatt neue Belastungen zu erfinden.

„Natura 2000“

Angesichts der Liste von weiteren 30 sogenannten „Natura-2000“-Schutzgebieten waren die Freiheitlichen vor einer stillen Enteignung der heimischen Bauern. „Natura-2000“-Gebiete sind nur dann sinnvoll, wenn die Landwirte als Grundeigentümer von Anfang an in die geplante Grenzziehung eingebunden sind und das Land die Garantie dafür übernimmt, dass die bisherige Wertschöpfung der

Bauern nicht beeinträchtigt wird. Das hat FPÖ-Landeshauptmannkandidat Gernot Darmann mittlerweile für die Kärntner Bauern umgesetzt.

Service und konkrete Hilfe

Die FPÖ will den Kärntner Bäuerinnen und Bauern auch weiterhin auf Augenhöhe begegnen und mit Rat und Tat sowie mit Herz und Hand zur Verfügung stehen. Jetzt muss es auch in der Kärntner Landespolitik zu einem Umdenken im Sinne der Bauern kommen.

Schutz des Eigentums

Der Schutz des Eigentums ist in der Landwirtschaft der erste und bewährte Schritt der sozialen Absicherung. Allerdings spielen auch ein ordentliches Einkommen und die Abgeltung der erbrachten Leistungen für die Gesellschaft eine große Rolle. Die bäuerliche Bevölkerung wird daher auch in Zukunft gleichberechtigt und mit leistbaren Beitragssätzen in das System der sozialen Sicherheit eingebunden.

12. Kunst und Kultur



- Klares Bekenntnis zur Stärkung und Neugestaltung von Musikschulen und Bekenntnis zum Konservatorium als musikalische „Kaderschmiede“
- Klares Bekenntnis zur Förderung der Volkskultur und des Vereinswesens
- Förderung von regionalen Brauchtumsinitiativen
- Unterstützung von Kunstprojekten im ländlichen Raum (Ausstellungen, Galerien und Symposien)
- Erhalt und Förderung der Kärntner Kulturfestivals (Komödienspiele Porcia, Musiksommer Ossiach, Heunburg etc.)
- Wiederbelebung des Kärntner Heimatherbstes
- Gedenkveranstaltungen zu „100 Jahre Kärntner Abwehrkampf und Volksabstimmung“
- Schaffung eines flächendeckenden Angebots des Musikschulwerks in Zusammenarbeit mit Pflichtschulen zur Förderung der Nachwuchsarbeit für kulturschaffende Vereine
- Förderung des Musikunterrichts in Volksschulen unabhängig von Musikschulen
- Schülerfreifahrt für Musikschüler zum Besuch des Musikunterrichts

Kunst und Kultur haben in Österreich und vor allem auch in Kärnten seit jeher einen hohen Stellenwert. Die Ausgaben für den Kulturbereich lagen in Kärnten im Jahr 2014 jedoch deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Allein zwischen 2012 und 2015 ist die Kulturförderung in Kärnten um 5 Millionen Euro eingebrochen. Massive Einsparungen gab es ab 2013 etwa im Bereich der Volkskultur, wo sich die Ausgaben von 2,09 Millionen Euro 2010 auf 0,24 Millionen Euro 2015 reduzierten.

Kultur ist jedoch nichts Selbstverständliches, das sich von allein entwickelt, sondern sie muss gelebt und gefördert werden.

Sprache, Musik, Bilder, Tänze und Brauchtumsveranstaltungen gelten als Abbild der Kärntner Seele und sind somit Träger und Bewahrer unserer ureigenen Kärntner Identität.

Zur Bewahrung unserer Traditionen gilt es daher, sie an unsere Folgegenerationen weiterzugeben. Dementsprechend ist es auch ein Auftrag an das Kärntner Bildungswesen, bereits bei den jungen Kärntnerinnen und Kärntnern anzusetzen und ihnen heimische Kultur in der Schule zu vermitteln. Die Geschichte unseres Landes und unsere Sprache sind die wichtigsten Grundlagen, die jedes Kind in Kärnten erlernen muss, um Teil der Kärntner Kulturgemeinschaft sein zu können.

Traditionen aktiv leben

Alle Kärntner Regionen haben eine Tradition, die in Mythen und Geschichten erzählt wird und an besondere Ereignisse erinnert. Um diese regionalen Merkmale als Bestandteil unserer Kärntner Identität zu wahren, braucht es entsprechende Menschen, Vereine und Institutionen zur Pflege der Volkskultur.





In diesem Sinne bieten Veranstaltungen wie der Kärntner Heimatherbst, der 2013 abgeschafft wurde, eine wichtige Präsentationsfläche. Durch solche Feste und Brauchtumsveranstaltungen haben alle Kärntnerinnen und Kärntner die Möglichkeit, an Kunst und Kultur zu partizipieren und die Kärntner Tradition kennenzulernen. Die Einsparungen im Bereich-

der Kunst und Kultur der letzten Jahre haben jedoch dazu geführt, dass viele Volksfeste nicht mehr ausgerichtet werden konnten, Subventionen für kleinere Museen und Kulturveranstaltungen gestrichen wurden und somit die Vielfalt aus der Kärntner Kultur verbannt wurde.



13. Sicherheit und Ehrenamt



- Keine Einsparungen bei Blaulichtorganisationen
- Unterstützung der ehrenamtlichen Leistungen
- Ausbau bzw. Förderung von Hilfsvereinen für organisierte Nachbarschaftshilfe (etwa in Form des „Dorfservice“)
- Finanzielle Entlastung der Feuerwehren (Umsatzsteuerrückvergütung beim Ankauf von Fahrzeugen und Geräten)
- Ausnahme von der Vignettenpflicht für alle Blaulichtorganisationen von und zu Rettungseinsätzen per Landesverordnung
- Unsere Grenzen schützen
- Wiedereröffnung der Polizeiinspektion am Klagenfurter Bahnhof
- Kärntner Polizisten zurück in ihre Heimat holen

Das Thema Sicherheit beschäftigt die heimische Bevölkerung in den letzten Jahren zunehmend. Das Sicherheitsmonitoring des Meinungsforschungsinstitutes IFES für das Jahr 2016 hat ergeben, dass es bei prominenten Themen wie Zuwanderung eine große Verunsicherung innerhalb Österreichs gibt, eine tendenziell negative Dynamik ist jedoch vor allem hinsichtlich des Sicherheitsgefühls im öffentlichen Raum gegeben. Dies bestätigt

auch eine Studie des Versicherungsunternehmens Allianz: Jede vierte Person sieht sich im Straßenverkehr gefährdet, dazu kommen Ängste vor Umweltkatastrophen.

Auch die Verunsicherung unter den Menschen in Kärnten ist groß. Täglich erreichen uns neue Schreckensnachrichten über eine steigende Opferbilanz bei Verkehrstoten und Einsparungen bei unseren Blaulichtorganisationen. Sie

leisten wertvolle und vielfach ehrenamtliche Arbeit. Wenn wir ihren Einsatz nicht wertschätzen, dann werden wir weitere Facetten einer unsicheren Zukunft kennenlernen.

Ehrenamt bedeutet Sicherheit im täglichen Leben

Das Tätigkeitsfeld freiwillig engagierter Menschen besteht aus vielen Facetten und umfasst die unterschiedlichsten Lebensbereiche. Freiwilligenarbeit bedeutet, eine Kultur der Solidarität zu leben und das Gemeinwohl über eigene Befindlichkeiten zu stellen.

Ohne Ehrenamtliche Mitarbeiter würde in Kärnten wenig gehen, sodass freiwillige Helfer einen wichtigen Eckpfeiler für das soziale und kulturelle Leben bilden.

Österreichweit erfüllen 3,3 Millionen Menschen ohne Entlohnung freiwillige Arbeit. Das heißt, sie arbeiten in einem Verein, einer Organisation oder einer Institution zum Wohle anderer mit. Ein großer Teil des ehrenamtlichen Engagements findet in den unterschiedlichen Vereinen (Sportvereine, Musikvereine, Kindervereine, Seniorenvereine, etc.) und im Bereich der Katastrophen- und Rettungsdienste statt. Nachbarschaftliche Hilfe, die von Vereinen organisiert wird, ist vor allem in den Landregionen unentbehrlich und eine große Stütze für die Menschen vor Ort.

Das Ehrenamt und die vielen Kärntner Vereine erfüllen eine wertvolle Doppelfunktion: Einerseits unterstützen freiwillige Helfer unsere Blaulichtorganisationen, andererseits sorgen sie mit ihrem Einsatz dafür, dass das kulturelle, sportliche und traditionelle Leben in Kärnten fortbesteht. Kurzum: Ehrenamt bedeutet Sicherheit im täglichen Leben wie auch in Einsatzsituationen und muss dementsprechend gewürdigt und gefördert werden.

Miteinander für Kärntens Sicherheit

Kürzungen bei Feuerwehren und Schließungen von Stützpunkten werden von uns konsequent abgelehnt. Tausende Frauen und Männer bei den Kärntner Feuerwehren setzen bei ihren Einsätzen nicht nur ihr Leben für andere Menschen ein, sondern sie sind auch wesentliche Kulturträger in den Gemeinden.

Feuerwehrleute sind keine Budgetposten, son-

dern ein wichtiger Bestandteil für ein funktionierendes und sicheres Kärnten.

Feuerwehrbilanz in Kärnten 2016:

- 6.192 Brandeinsätze
- 12.229 technische Einsätze
- 253.806 Einsatzstunden und über 2 Millionen freiwillige Arbeitsstunden
- 141 Tiere geborgen
- 474 Menschenleben gerettet

Aber nicht nur die Feuerwehren Kärntens, sondern auch die Mitarbeiter und Helfer vieler anderer Blaulichtorganisationen und ehrenamtlicher Vereine verdienen unsere Unterstützung.

Kärnten hilft – helfen wir Kärnten

Rund die Hälfte der Bevölkerung in Kärnten engagiert sich in der Freiwilligenarbeit. An der Katastrophenhilfe beteiligen sich österreichweit 413.000 Personen freiwillig.

In Kärnten gibt es tausende aktive Feuerwehrmitglieder in den Regionen. Die Aufgaben von Feuerwehren sind hauptsächlich im Bereich von technischen Einsätzen (Pumparbeiten, Hochwasser, Unwetterschäden etc.) zu suchen.

Mit 609 Einsätzen verzeichnete die Bergrettung zuletzt ein Rekordniveau.

Die Kärntner Wasserrettung absolvierte im letzten Jahr 141.202 Personenstunden, wobei in 693 Fällen Leistungen mit Erster-Hilfe erbracht wurden.

2.000 freiwillige Helfer beim Roten Kreuz sind in Kärnten für andere Menschen tätig. Würden wir uns nicht auf die schnelle und unkomplizierte Hilfe unserer ehrenamtlichen Helfer verlassen können, dann wäre unser Kärnten wesentlich ärmer dran, als wir es uns vorstellen können.

Straßenverkehr als Unsicherheitsfaktor

- 2.898 Straßenverkehrsunfälle ereigneten sich 2016 in Kärnten, wobei 33 davon tödlich waren
- 1.744 Straßenverkehrsunfälle geschahen innerhalb eines Ortsgebietes
- Kinder unter 15 Jahren waren in 220 Unfälle involviert
- 56 Unfälle ereigneten sich auf dem Schulweg



Kärntens „Blauröcke“: Sowohl bei Unfällen im Straßenverkehr, als auch bei Brand- und Katastropheneinsätzen stets bereit.

Mit der Initiative „Sicheres Kärnten“ haben wir bereits den Startschuss gegeben, um den Gefahren des Straßenverkehrs in Kärnten entgegenzuwirken. Dieses Projekt, das gemeinsam mit dem KFV umgesetzt wird, stellt besonders für unsere Kinder eine Schutzmaßnahme dar. Durch die Schaffung von 3-D-Zebrastreifen werden Gefahrenpotenziale am Schulweg minimiert.

Einfache bauliche und gestalterische Elemente weisen auf den besonderen Verkehrsraum hin und lassen sensible Straßenstellen erkennen. Durch diese Kennzeichnung erfolgt automatisch auch eine Aufmerksamkeitserhöhung bei

anderen Verkehrsteilnehmern, um Ablenkung und Unachtsamkeit zu vermeiden.

Unterstützung für die Exekutive

Es ist darauf zu achten, dass die gewohnte Sicherheit in unserem Land nicht weiter ausgehöhlt wird, denn Sicherheit ist eine Voraussetzung für Lebensqualität. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit ist seit Jahren im Sinkflug und wurde durch das unkontrollierte Hereinlassen von Migranten massiv verschlechtert. Immerhin ist es dem Engagement und der Einsatzbereitschaft unserer Polizistinnen und Polizisten zu verdanken, dass die Sicherheitslage nicht noch mehr aus

Die Sicherheit unserer Bevölkerung hat absoluten Vorrang. Dazu gehört auch ein wirksamer Grenzschutz, um die illegale Migration in die Schranken zu weisen.

den Fugen geraten ist. Wir sind gefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Exekutive im Kampf gegen die Kriminalität auch in Zukunft wirksam agieren kann. Dazu gehören auch motivationsfördernde Maßnahmen für die Polizei. Das beginnt bei klaren Unterstützungsaussagen durch die Politik und endet bei der Ausrüstung und einem gerechteren Besoldungssystem. Außerdem sollen auch die Versetzungswünsche vieler Kärntner Polizisten „zurück in ihre Heimat“ verstärkt berücksichtigt werden.

Unsere Grenzen schützen

Die FPÖ bekennt sich dazu, die Heimat und die österreichische Leitkultur zu schützen. Das Grundrecht auf Heimat verpflichtet uns zu einer verantwortungsvollen Kontrolle, welche Menschen in Österreich eine neue Heimat finden oder auch nur temporär in den Arbeitsmarkt einwandern dürfen.

Natürlich bekennen wir uns dazu, Menschen, die aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen verfolgt werden, Asyl zu gewähren, sofern sie nicht über ein sicheres Drittland in unser Bundesgebiet eingereist sind. Asyl ist Schutz vor Verfolgung – und zwar auf Zeit. Dies gilt bis zum Wegfall des Asylgrundes.

Einer ungehinderten und maßlosen Zuwanderung, wie sie in den letzten Jahren geschehen ist, muss ein Riegel vorgeschoben werden. Wenn die Europäische Union ihre Außengrenzen nicht schützen kann oder will, dann hat Österreich mit unbefristeten Grenzkontrollen selbst für seine Sicherheit zu sorgen.

Österreich hat die Verpflichtung, sich mit der konsequenten Rückführung von Ausländern zu befassen, die illegal nach Österreich eingereist oder hier straffällig geworden sind. Das gleiche



gilt für Asylsuchende, die Sozialmissbrauch betreiben oder deren Asylansuchen abgelehnt wurde. Jeglicher finanzieller Anreiz als Lockmittel, wobei hier die Mindestsicherung dazugehört, ist zu unterbinden.

Deshalb verwehren wir uns auch gegen die Errichtung eines Aufnahmezentrums für Asylwerber in Tarvis, das nur 1,7 Kilometer von der Grenze zu Kärnten entfernt wäre. Damit wäre ein Weiterreichen der Migranten nach Österreich oder darüber hinaus in Richtung Nord-europa zu erwarten.

14. Volksgruppenpolitik



- Keine weiteren (finanziellen) Zugeständnisse an die slowenische Volksgruppe
- Reform des Minderheitenschulwesens in Kärnten
- Schluss mit der Diskriminierung deutschsprachiger Pädagogen
- Slowenisch nur als Fremdsprachenunterricht für Kinder, deren Muttersprache nicht Slowenisch ist
- Fairness bei den Bestellungen der Schulleiter
- Öffnung der Archive in Wien – Fortsetzung der wissenschaftlichen Untersuchung zur Anschlagsserie der 70er Jahre in Kärnten
- Verfassungsmäßige Anerkennung der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien mit Nachdruck einfordern

Die slowenische Volksgruppe in Kärnten ist nachweislich eine der bestgeförderten Minderheiten in Europa. So erhielten die Kärntner Slowenen beispielsweise im Jahr 2014 eine Volksgruppenförderung des Bundes in der Höhe von 1.278.670 Euro. Im Jahr 2015 waren es weitere 1.409.800 Euro (um satte 10 Prozent mehr und zuzüglich der Landesförderungen für Kulturvereine), während die Republik Slowenien seine Förderungen für die Volksgruppe der Kärntner Slowenen kürzte.

Die historische Ortstafellösung erfolgte ohne Erhebung der Minderheiten. Bis heute wissen wir nicht, wie groß die Volksgruppe der Kärntner Slowenen tatsächlich ist. Eine Zählung wurde und wird von Seiten der Slowenenorganisationen kategorisch abgelehnt.

Laut der Erhebung der Sprachstandarts haben sich die Sprachkenntnisse der zum zweisprachigen Unterricht angemeldeten Schüler in Kärnten sehr stark verändert. Daher ist eine Reform des Minderheitenschulwesens dringend erforderlich. Während im Schuljahr 2000/2001 rund 50 Prozent der Schulanfänger „keine“ slowenischen Sprachkenntnisse hatten, wiesen 2013/2014 bereits 66 Prozent

„keine“ und 19 Prozent „geringe“ Sprachkenntnisse auf. Im Burgenland wird die kroatische Sprache an Schulen getrennt nach Muttersprache und nach Fremdsprache unterrichtet. Dies sollte auch in Kärnten künftig so gehandhabt werden. Schüler, die nicht der slowenischen Volksgruppe angehören bzw. in der 1. Schulstufe keine Slowenischkenntnisse besitzen, sollten klassenübergreifend Slowenisch als Fremdsprache erlernen. Sie würden dann nicht mehr unter das Schulgesetz für Minderheiten fallen. Das aufwendige System mit „Teamlehrern“ wäre dann nicht mehr notwendig.

Die derzeitige Praxis, dass bei Leiterbestellungen im Schulwesen für Minderheiten Lehrer mit zweisprachiger Ausbildung bzw. mit der Muttersprache Slowenisch „vorrangig in Betracht“ kommen, ist verfassungsrechtlich nicht haltbar und stellt eine Diskriminierung einsprachiger bzw. deutschsprachiger Pädagogen dar. Das Ergebnis von abgeschlossenen Objektivierungsverfahren muss respektiert werden.

Gerechtigkeit für Alt-Österreicher

Durch einen Landtagsbeschluss sowie die Be-





auftragung einer Historikerkommission wurden in 5-jähriger Recherchearbeit die Attentate und Anschläge der 70er Jahre auf Kärntner Boden in den Archiven Österreichs und Sloweniens untersucht. Leider wurde den Historikern die Akteneinsicht in viele relevante Bereiche verwehrt. In ihrem 800 Seiten starken Werk beklagen sie wörtlich: „Wie es aussieht, scheinen Hoch- und Landesverrat in Österreich ein persönlich schützenswertes Faktum zu sein.“ Die FPÖ meint: Auch dieser Teil der Geschichte ist restlos aufzuklären. Die Zeit ist reif und die Wahrheit ist der Bevölkerung zumutbar.

Die Vertreter der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien bemühen sich zudem seit der Eigenstaatlichkeit Sloweniens vergeblich um die Anerkennung als autochthone Minder-

heit. Die staatsrechtliche und in der slowenischen Verfassung verankerte Anerkennung als eigenständige, alteingesessene und autochthone Volksgruppe ist überfällig. Außerdem würde dies auch dem EU-Standard entsprechen.

Bis dato werden entgegen der Europäischen Konvention zum Schutze der Minderheit und ihrer Grundfreiheiten sowie entgegen den EU-Rechtsstandards die Alt-Österreicher und deren Nachkommen in Slowenien aufgrund ihrer Abstammung diskriminiert. Besonders eine kleine Volksgruppe benötigt den verfassungsmäßigen Schutz sowie eine finanzielle Ausstattung, um als Volksgruppe bestehen zu können.

15. Tierschutz



- Tierschutzvereine, die eine behördliche Meldung bzw. Registrierung durch den Amtsveterinär gemäß § 31a Tierschutzgesetz vorweisen können, sollen auch auf Internetplattformen neue Besitzer für herrenlose Tiere suchen dürfen.
- Eingliederung der Kontrolle der Nutztierhaltung in das Gesundheitswesen
- Einfuhr von Tieren nach Österreich nur nach vorheriger Meldung beim zuständigen Magistrat und der Überprüfung durch den Amtstierarzt
- Aus religiösen Motiven praktizierte Tierquälerei („Schächten“) verbieten
- Dotation und jährliche Vergabe des Landestierschutzpreises
- Definition des Tieres in der Rechtsordnung als Lebewesen und nicht als Sache
- Verbot von Tierversuchen in der chemischen, agrarischen und kosmetischen Industrie

Neben den rund 8.7 Millionen Menschen leben in Österreich rund 30 Millionen Tiere in direkter Nähe zu Menschen – in unseren Häusern oder in Ställen. Daneben teilen wir die Wiesen, Wälder und Berge mit etlichen weiteren Millionen freilebender Wildtiere.

Die politischen Entscheidungen im Parlament aber auch auf Landesebene beeinflussen die Leben dieser Tiere oft gravierend.

Die FPÖ besteht darauf, dass der verfassungsrechtlich als Staatszielbestimmung eingeführte Tierschutz umfassend umgesetzt wird. Wir wollen weg von der Massentierhaltung hin zu einem naturnahen, respektvollen Umgang mit unseren Tieren. Das kann am besten in kleinbäuerlichen Betrieben erfolgen und muss Ziel einer neuen, renationalisierten Landwirtschaftspolitik sein. Dies dient insbe-

sondere auch einer Versorgung mit gesunden, natürlich produzierten Lebensmitteln.

Daher sind klein strukturierte bäuerliche Betriebe auch im Rahmen der Erfordernisse des Tierschutzes europäischen Agrarfabriken vorzuziehen. Artgerechte Tierhaltung wird in Agrarkonzernen organisationsbedingt vernachlässigt.

Alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der Tierhaltung führen und künftige Tierhalter aufklären, sind zu unterstützen.

Gerade Kinder und Jugendliche müssen früh erfahren, dass Tiere keine „Wegwerfartikel“, sondern Lebewesen sind. Tierschutz muss integraler Bestandteil der schulischen Ausbildung werden. Mehr Verantwortung des Einzelnen bei der Tierhaltung wird viele Tierschutzhäuser entlasten.





Tierschutz darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. Die Haltung von Tieren unter artwidrigen Umständen wird von den Freiheitlichen entschieden abgelehnt. Der illegale Handel mit Tieren bedarf strenger Kontrollen und Strafen.

Die FPÖ befürwortet die waidgerechte, nachhaltige Ausübung der Jagd und der Fischerei auf der Basis der geltenden strengen Gesetze und spricht sich klar für den Erhalt des jagdlichen Brauchtums und für die Pflege der Tradition österreichischer Jäger und Fischer aus.

Unfair ist aus freiheitlicher Sicht,

...dass Tiere unter schrecklichen Bedingungen in Lebendtransporten tausende Kilometer

durch den Kontinent gekarrt werden
...dass Tiere in europäischen Agrarfabriken teilweise unter verabscheuungswürdigen Umständen auf engstem Raum gehalten werden
...dass Haustierhalter die nötige Verantwortung für ihre Tiere vermissen lassen, diese quälen oder aussetzen.

